

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 16. Dezember 1960

Blatt 2513

Stadtrat Heller gibt Lerchenfelder Gürtel frei
=====

Neuartige Lichtsignalanlage wird zum ersten Male erprobt

16. Dezember (RK) Heute früh gab Stadtrat Heller den umgebauten Lerchenfelder Gürtel im Bereich der Stadtbahnstation Josefstädter Straße zusammen mit Stadtrat Lakowitsch dem Verkehr frei. Damit ist der Gürtel zwischen Westbahnhof und Volksoper ausgebaut und unbehindert befahrbar.

Nach dem Wegräumen der letzten Straßensperren schalteten die beiden Stadträte auch die neue Lichtsignalanlage ein, die in diesem Gürtelbereich den Verkehr zu regeln hat. Bei dieser Signalanlage wurde zum ersten Male in Wien eine Neuerung eingeführt, die - wenn sie sich bewährt - auf allen Verkehrsampeln eingerichtet werden soll. Die Rotlichtphase zeigt einen schwarzen Pfeil, der entweder geradeaus oder nach links gerichtet ist. Auf diese Weise kann der Kraftfahrer auch ohne Bodenmarkierungen schon bei gesperrter Kreuzung erkennen, wo er sich einzureihen hat, um bei grünem Licht seinen Weg ohne Binderung des übrigen Verkehrs fortsetzen zu können. Wer also zum Beispiel links abbiegen will, wird sich vor jenem Rotlicht aufstellen, das den schwarzen nach links gerichteten Pfeil zeigt.

- - -

Auch Burgdurchfahrt freigegeben
=====

16. Dezember (RK) Um den starken Weihnachtsverkehr in der Inneren Stadt zu entlasten, wurde heute auf Weisung von Stadtrat Heller auch die Durchfahrt durch die Burg über den Heldenplatz freigegeben. Die Straßendecke erhält erst im Frühjahr des kommenden Jahres einen Asphaltbelag, wobei die Abschlußarbeiten ohne Behinderung des Verkehrs durchgeführt werden. Aufgabe der Autofahrer ist es über den Winter, die provisorische Decke sozusagen einzufahren. Da der Ring derzeit noch Einbahn ist, ist die Durchfahrt durch die Burg über den Heldenplatz einstweilen nur in Richtung Bellaria möglich, während man in der Gegenrichtung nur von der Oper her über den Ring kommend in die Durchfahrt zum Heldenplatz einbiegen kann.

- - -

Senatsrat Koller promovierte zum Doktor der Technik
=====

16. Dezember (RK) Heute vormittag promovierte der Leiter der Gruppe Tiefbau des Wiener Stadtbauamtes, Senatsrat Dipl.-Ing. Rudolf Koller, zum Doktor der Technik. Die feierliche Promotion fand in der Technischen Hochschule am Karlsplatz statt.

- - -

Sitzungen Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche
=====

16. Dezember (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt.

Dienstag, 20. Dezember:

17.30 Uhr, Alsergrund, Währinger Straße 43.

- - -

Förderung des Sportes in Wien

=====

16. Dezember (RK) Über Vorschlag des Finanzausschusses des Sportbeirates hat die Magistratsabteilung 7 an den Gemeinderatsausschuß III den Antrag gestellt, die Beihilfen aus dem Wiener Sportfonds auch im Dezember fortzusetzen. In seiner letzten Sitzung hat dieser Gemeinderatsausschuß daher zehn Wiener Turn- und Sportorganisationen für den Bau oder die Instandsetzung ihrer Übungsanlagen 40.000 Schilling als Kostenbeitrag gewährt. Für den Ankauf von Sportutensilien und die Durchführung des Sportbetriebes erhielten weitere 40 Organisationen insgesamt 60.000 Schilling. Schließlich wurden für Ausbildungslehrgänge, den Betriebsaufbau und die Propaganda 60.000 Schilling an vier Sportvereinigungen abgegeben. Alle Subventionen werden ihren zuständigen Verbänden, die für die widmungsgemäße Verwendung verantwortlich sind, zur treuhändigen Übernahme und Weiterleitung an die einzelnen Vereine überwiesen.

- - -

Verstärkte Erziehung zur Humanität

=====

16. Dezember (RK) Vor den Wiener Mittelschuldirektoren, die heute im Sitzungssaal des Stadtschulrates ihre Monatskonferenz abhielten, an der auch Präsident Dr. Neugebauer teilnahm, sprach Bundesrat Univ. Prof. Dr. Thirring über die Notwendigkeit einer verstärkten Erziehung zur Humanität. Prof. Thirring vertrat die Ansicht, daß die humanistische Bildung es bisher noch nicht restlos vermochte, lebendige Erkenntnisse über das Wesen des Menschlichen zu vermitteln. Das bloße Wissen von Geschehnissen der Weltgeschichte, von Vokabeln und Sprachgesetzen allein sei noch nicht charakterbildend. Entscheidend sei vielmehr das Wissen um die mitmenschlichen Bezüge. Nicht das Streben nach Macht, sondern der Wille zum gegenseitigen Verstehen könne die menschliche Gesellschaft retten. Das ist es vor allem, was unsere Jugend, freilich nicht nur die akademische, lernen müsse. Der Lehrstoff und die Lehrpläne müßten im Hinblick auf diese Forderung nach besserer Erziehung zur Humanität reformiert werden.

- - -

Die Budgetverhandlungen im Wiener Rathaus
=====Fortsetzung der Debatte über das Wohlfahrtswesen

16. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas wurden heute früh im Wiener Rathaus die Budgetberatungen mit der Debatte über die Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, fortgesetzt.

Als Debattenrednerin der SPÖ nimmt GR. Maria Hlawka zu diesem Kapitel Stellung. Sie gibt der Freude darüber Ausdruck, daß man alljährlich bei den Budgetberatungen gerade auf dem Wohlfahrtssektor auf große Erfolge hinweisen kann. Der Aufwand für diese Gruppe beträgt fast eine halbe Milliarde Schilling und ist gegenüber dem Vorjahr wieder um 18,5 Millionen gestiegen. Vizebürgermeister Slavik habe bereits erwähnt, daß auf dem Fürsorge-sektor große Aufgaben für die nächsten Jahre bevorstehen und große Umstellungen notwendig sein werden. Sie möchte in ihren Ausführungen aus der Vielfalt dieses Ressorts nur einiges herausgreifen. Wir haben in Wien derzeit 176 Kindergärten mit 2.583 Gruppen. Allein in der Ersten Republik wurden bis zum Jahre 1931 hundert sogenannte Volkskindergärten errichtet. Auch in den letzten Jahren wurden bedeutende Mittel für den Bau und die Einrichtung von Kindergärten bereitgestellt. 1959 waren es rund 13 Millionen, 1960 14,1 Millionen und für 1961 sind rund 19 Millionen veranschlagt. Die Gesamtausgaben für Kindergärten und Horten werden im Jahre 1961 102,5 Millionen Schilling betragen, also eine Steigerung um 10,7 Millionen erfahren. In diesem Jahr allein sind 700 Kindergärten- und Hortplätze hinzugekommen. Die Zahl der Plätze für Kleinkinder in Horten und Säuglingskrippen sei leider noch immer zu gering. Dieses Problem müßte in Zusammenarbeit mit privaten Stellen gelöst werden, da es die Stadtverwaltung allein nicht bewältigen kann. Die Rednerin appelliert an die Betriebe, Räume für Kindergärten zur Verfügung zu stellen und für die Investitionen zu sorgen. Die Einrichtung dieser Kindergärten würde die Stadt Wien übernehmen. Eine kleine Erleichterung auf diesem Sektor wird das Inkrafttreten des einjährigen Karenzurlaubes ab 1. Jänner 1961 bringen.

Die Rednerin kommt sodann auf die Forderung der Gemeinderäte Lauscher (KLS) und Nessel (FPÖ) nach Förderung von Großfamilien

zu sprechen. Es sei eine erwiesene Tatsache, daß sich Kinder in Familien besser entwickeln können als in der besten Heimpflege. Vielleicht könnte eine größere Werbeaktion auf diesem Gebiete zur Gründung neuer Großfamilien führen. Die Rednerin richtet die Bitte an Stadtrat Heller, durch die Schaffung von einigen Großwohnungen die Gründung solcher Familien zu fördern. Dringend notwendig wäre auch die Errichtung eines Heimes für alleinstehende Burschen und Mädchen. Vielen jungen Menschen, die nach Abschluß ihrer Lehre das Lehrlingsheim verlassen müssen, wäre damit geholfen. Ein derartiges Heim müßte kostendeckend geführt werden.

Die Reform der Fürsorgebetreuung hat sich als gut erwiesen. Die Magistratischen Bezirksämter haben gemeinsam mit den Bezirksvorstehern auch auf diesem Sektor gute Arbeit geleistet. Die durch diese Maßnahmen erzielten Ersparnisse kamen den Bedürftigen zugute. Mit besonderer Freude begrüßt die Rednerin die Erhöhung der für Dauerbefürsorgte gewährten Beträge. Wenn die ÖVP erklärte, diese Maßnahme sei auf ihren Antrag vom Oktober dieses Jahres zurückzuführen, muß man dieser Annahme entschieden widersprechen. Die Sozialisten sind bereits im Juli dieses Jahres darangegangen, die neuen Richtsätze auszuarbeiten. Die Ausarbeitung einer derartigen Maßnahme erfordert aber immer eine gewisse Zeit. Heute sind die Dauerbefürsorgten, wenn man die Kohlen-, Mietzuschüsse usw. einrechnet, den Sozialrentnern fast angepaßt. Es ist aber heute nicht mehr die materielle Betreuung allein ausschlaggebend. Man muß die alten Menschen, die sich oft einsam fühlen, über die gesetzlichen Leistungen hinaus betreuen. Ein Schritt auf diesem Weg ist die von Stadtrat Jacobi angekündigte Schaffung eines Pensionistenheimes. Auch hier hat nicht der Antrag der ÖVP, eingebracht im Juli dieses Jahres, zur Planung eines solchen Heimes geführt. Frau Stadtrat Jacobi habe bereits im März dieses Jahres die Errichtung eines solchen Pensionistenheimes angekündigt. Es ist dies die Erfüllung eines im Wahlprogramm der Sozialisten verankerten Punktes. Die Rednerin richtet die Bitte an die Allgemeinheit, die Wohnungen für alte Menschen, die innerhalb der städtischen Wohnhausanlagen gebaut werden, Pensionistenwohnungen zu nennen. Auf viele wirkt es sehr deprimierend, wenn man sagt eine "Wohnung für alte Menschen".

In der Öffentlichkeit mehr bekannt gemacht müßte werden, daß die Stadtverwaltung alten Menschen bei vorübergehender Krankheit Heimhilfen zur Verfügung stellt. Auch der Hausfrauenverein "Die Frau und ihre Wohnung" verfügt über solche Heimhilfen.

Abschließend tritt die Rednerin nochmals für die Schaffung von Betriebskindergärten, Gesellenheimen und mehr Werbung und Propaganda für die Großfamilie ein. Man wird auch darüber nachdenken müssen, was man auf dem Wohlfahrtssektor noch verschönern und verbessern kann. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Maria Jacobi dankt in ihrem Schlußwort den Diskussionsrednern für ihren positiven Beitrag und die positive Einstellung. Sie könne daher sogleich auf die aufgeworfenen Fragen eingehen. Es stimmt, daß der Mangel an Kindergartenplätzen noch immer sehr groß ist. Diese Tatsache ist durch die ständig wachsende Zahl der berufstätigen Frauen immer brennender geworden.

Für das Jahr 1961 sind Mittel für die Schaffung von 52 Kindergartengruppen und acht Tagesheimschulgruppen vorgesehen. Leider kann man den Nachholbedarf nicht in ein, zwei Jahren abtragen. Wir appellieren an die Mütter, zumindest im ersten Lebensjahr beim Kind zu bleiben, weil wir wissen, wie wichtig es ist, daß die Mutter gerade im ersten Lebensjahr mit ihrem Kind beisammen sein kann. Aber wir müssen auch feststellen, daß mehr als 60 Prozent der Eltern, die uns ihre Kinder anvertrauen, ein Einkommen von weniger als 2.500 Schilling haben. In diesen Fällen kann man wirklich nicht davon sprechen, daß die Mutter nur deswegen arbeiten geht, damit ein Auto gekauft werden kann. Hier muß die Mutter berufstätig sein. Es ist nur ein verhältnismäßig kleiner Kreis von Frauen, der darüber hinaus noch dem Beruf nachgeht, wobei man aber nicht vergessen darf, daß die Wirtschaft ohne die Frauenarbeit nicht mehr auskommt und es auch sehr viele Frauen gibt, die aus Liebe zum Beruf einem solchen nachgehen.

Im Jahre 1959 wurden von der Kinderübernahmestelle der Stadt Wien 2.751 Kinder, bis Oktober 1960 2.300 Kinder neu übernommen. Diese Kinder wurden aus den verschiedensten Gründen in Pflege übernommen, vor allem wegen Verwahrlosung. Wir bemühen uns mit Erfolg, weitere Pflegeeltern zu bekommen, und die Gemeinde hat auch eigens Wohnungen für Großfamilien gebaut.

Es muß festgestellt werden, daß fast keine Rückstellungen von Pflegeeltern erfolgen. Die Eltern halten zu ihrem Pflegekind auch dann, wenn es sich herausstellt, daß es ein sehr schwierig erziehbares Kind ist. Pflegemutter sein, ist mehr als ein Beruf. Würden wir daraus einen Beruf machen, würde sehr viel von der inneren Verbundenheit und inneren Einstellung zum Kind wegfallen.

Über den Bau eines Therapieheimes haben die Sozialreferenten der Bundesländer Besprechungen geführt. Es wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß eines, höchstens zwei für das ganze Bundesgebiet genügen, es kann sein, daß es in Linz errichtet wird.

Über die Zahl der Kinder, die kein eigenes Bett haben, gibt es für die Gegenwart keine Daten, doch kann aus früheren Erhebungen geschlossen werden, daß sie stark zurückgegangen ist. Anlässlich der Volkszählung im nächsten Jahr soll eine neuerliche Feststellung erfolgen.

Die Ausgaben für die Schulausspeisung sind deswegen höher als die Einnahmen eingesetzt, weil die Elternbeiträge nicht ausreichen, die Kosten zu decken, denn nur 50 Prozent sind Vollzahler. Auch werden von der UNICEF Lebensmittel beigestellt, zu denen wir Beiträge leisten müssen.

Hinsichtlich der Regreßpflicht der Großeltern, bzw. Eltern, liegt keine grundsätzliche Entscheidung des Obersten Gerichtshofes vor. Das wäre schon deswegen nicht möglich, weil nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch Großeltern und Eltern zur Regreßleistung heranzuziehen sind. Wien hat auf diesem Gebiet die niedersten Sätze von ganz Österreich. Derzeit wird die Frage studiert, ob die Primärverpflichteten, also die Väter, statt mit 15 mit 17 Prozent ihres Nettoeinkommens, die Großeltern aber mit einem niedrigeren als dem bisherigen Satz herangezogen werden sollen.

Die Blindenbeihilfe im gleichen Ausmaß nachzuziehen wie die Fürsorgeunterstützung, ist derzeit aus finanziellen Gründen nicht möglich. Dabei muß aber darauf verwiesen werden, daß die Dauerunterstützung das Einkommen für den alten Menschen ist, während die Blindenbeihilfe eine Abgeltung für Mehrerfordernisse darstellt. Die Frage, ob es möglich ist, die Fahrbegünstigungen,

die nun für vier von den Blinden im vorhinein zu bestimmende Tage gegeben werden, in Zukunft an vier beliebigen Tagen zu gewähren, wird geprüft werden.

Die Vorarbeiten für die Schaffung eines Pensionistenheimes sind so weit gediehen, daß das Kuratorium im Jänner zusammentreten kann.

Für die Heimhilfe für kranke und pflegebedürftige Menschen wurden im Jahre 1959 29.000 und 1960 43.000 Pflegestunden vermittelt.

Die Heimstätten, die sich aus den Wärnestuben entwickelt haben, waren als eine Fürsorgeleistung der Stadt gedacht. In zunehmendem Maß äußern auch Rentner und Pensionisten den Wunsch um Aufnahme. Trotzdem ist die Frage eines Beitrages für diese Personen derzeit nicht aktuell. Sollte der Zustrom stärker werden, dann wird in Zukunft diese Frage geprüft werden. Wir versuchen, diese Tagesheimstätten zu Klubs für Pensionisten umzuwandeln. Wir wollen all diesen Menschen, soweit sie teilnehmen wollen, die Möglichkeit geben, mit Gleichgesinnten und Menschen gleicher Altersstufen zusammenzukommen.

Wir werden weiterhin bemüht sein, rechtzeitig zu erkennen, wo es gilt, Neues zu schaffen oder Menschen zu helfen, die die Hilfe der Allgemeinheit benötigen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze der Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen einstimmig angenommen.

- - -

Das Wiener Gesundheitswesen

=====

Über die Geschäftsgruppe V, Gesundheitswesen, berichtet Stadtrat Dr. Glück (ÖVP). Einleitend gab er einen kurzen historischen Rückblick über die Entwicklung der Gesundheitsämter vom Altertum bis in die Gegenwart.

Die mühevollen Arbeit unzähliger Generationen vieler Jahrhunderte war erforderlich, sagte er, daß die derzeitigen medizinischen Erkenntnisse und Erfahrungen sowohl im Gesundheitswesen, als auch in unseren Krankenanstalten so erfolgreich zur Verbesserung der Volksgesundheit beizutragen im Stande sind. Unsere wichtigste Aufgabe ist es nun unter anderem neu gewonnene Erfahrungen der medizinischen Forschung im öffentlichen Gesundheitsdienst einzubauen.

Für die Geschäftsgruppe Gesundheitswesen sind im kommenden Jahr Einnahmen in der Höhe von 621,4 Millionen Schilling vorgesehen (gegenüber 529 Millionen Schilling im Jahre 1960), denen Ausgaben in der Höhe von 1.085 Millionen Schilling gegenüberstehen (1.045 Millionen Schilling im Jahre 1960). Es ergibt sich somit ein voraussichtlicher Gebarungsabgang von 463,9 Millionen. Dazu kommen 88,3 Millionen des Fürsorgeverbandes, zusammen also 552,2 Millionen Schilling (im Jahre 1960 waren es 516,1 Millionen Schilling, die aus Steuermitteln zugeschossen werden mußten, zusätzlich 116,8 Millionen Schilling, die auf den eigenen Fürsorgeverband entfallen).

Der Abgang für das laufende Jahr wurde mit 633 Millionen Schilling angenommen, könnte sich jedoch durch die neuen Pflegegebühren auf 552 Millionen Schilling vermindern.

Der Referent beschäftigte sich zunächst mit der Tätigkeit des Wiener Gesundheitsamtes. Die Infektionskrankheiten zeigen weiterhin einen deutlichen Rückgang. Die Schutzimpfungen haben in der Gesundheitsvorsorge zunehmende Bedeutung gewonnen. Die bewährten Impfungen gegen Pocken, Tbc, Wundstarrkrampf, Diphtherie und Scharlach wurden durch die Kinderlähmungsschutzimpfung erweitert. Im Jahre 1960 haben sich in Wien rund 100.000 Personen einer wirksamen Schutzimpfung gegen Kinderlähmung unterzogen.

Unter den von 1958 bis 1960 zur Impfung aufgerufenen Altersstufen sind im heurigen Jahr bisher 50 Polio-Erkrankungen mit Lähmungen aufgetreten, von denen sieben tödlich endeten. Sämtliche Verstorbene waren nicht geimpft. Von den 43 anderen Erkrankten waren 36 ebenfalls ungeimpft. Der Krankheitsverlauf der Geimpften war überdies meist leicht. Die Polio-Impfkation wird auch 1961 fortgesetzt. Bezüglich der oralen Schutzimpfung ist auf Grund einer Empfehlung des Obersten Sanitätsrates ein Bundesgesetz in Vorbereitung. Nach diesem Gesetzesentwurf soll im ganzen Bundesgebiet einheitlich voraussichtlich im kommenden Frühjahr bis zum 21. Lebensjahr kostenlos die orale Schutzimpfung durchgeführt werden.

Die Stadt Wien wird darüber hinaus Vorsorge treffen, daß auch für die übrigen Jahrgänge Impfstoff zur Verfügung stehen wird, damit jeder Wiener zumindest bis zum 40. Lebensjahr die Möglichkeit hat, von dieser Schutzimpfung Gebrauch zu machen.

Auf dem Gebiete der Geschlechtskrankenberatung bringen die Zahlen der gemeldeten venerischen Infektionen im Vergleich zum Vorjahr keine wesentlichen Veränderungen.

Eine ganz besondere Bedeutung kommt dem Referat für Schwangeren-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge zu. Es muß auch weiterhin alles unternommen werden, um die Säuglingssterblichkeit, die derzeit 3,7 Prozent beträgt, zu senken. Vom Wiener Gesundheitsamt wurde im heurigen Jahr ein Schwangerenpass herausgegeben, der die werdenden Mütter über die Notwendigkeiten der Untersuchungen aufklären soll und den behandelnden Ärzten die Möglichkeit gibt, die Ergebnisse ihrer Untersuchung einzutragen.

Die bestehenden fünf städtischen Schwangerenberatungsstellen werden im kommenden Jahr um drei weitere neue Beratungsstellen erweitert werden. Diese Stellen sind in Bezirken geplant, in denen keine geburtshilflichen Ambulanzen bestehen.

Ein Referat, dessen Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, ist der schulärztliche Dienst. Allein das frühzeitige Erkennen und Behandeln von Augenschäden, Haltungsschäden oder einer Tuberkulose des Schulkindes ist von großer Bedeutung für das künftige Gedeihen unserer Kinder. Der Referent regt an, die Stundenanzahl der Schulärzte von täglich zwei auf drei zu erhöhen.

Ähnlich wichtig wie die routinemäßige Durchuntersuchung der Schulkinder ist die systematische Zahnkontrolle aller Schulkinder und der Unterricht über Zahnpflege in unseren Schulzahnkliniken. Im Schuljahr 1959/60 wurden insgesamt 67.961 Kinder untersucht, von denen 40.285 behandlungsbedürftig waren, das sind immerhin fast 60 Prozent. Die Fluortablettenaktion wurde am Ende des Schuljahres 1959/60 abgeschlossen; die Ergebnisse können nach den Angaben des Referatsleiters als gut bezeichnet werden. Da Reihenuntersuchungen ergeben haben, daß rund 50 Prozent aller Kinder keine regelrechte Gebißentwicklung aufweisen, ist die Errichtung einer kieferorthopädischen Station im Rahmen der Schulzahnkliniken notwendig und erforderlich. Die entsprechenden Pläne sind bereits in Ausarbeitung.

Die Gesundenuntersuchungsstellen der Stadt Wien arbeiten nun bereits zehn Jahre und haben sich nach den bisherigen Erfahrungen außerordentlich bewährt. In dieser Zeit wurden rund 55.000 Personen untersucht und bei 2.824 Personen, das sind 5,1 Prozent aller Untersuchten wurde ein Tumorverdacht geäußert. Bei weiteren 62 Prozent mußten wegen anderer Erkrankungen weitere Untersuchungen veranlaßt werden. Somit konnten krebsartige und vorkrebsartige Erkrankungen frühzeitig einer Behandlung zugeführt werden.

Die modernen Behandlungsmöglichkeiten der Tuberkulose haben auch in der Tuberkulosenfürsorge einen großen Wandel hervorgerufen. In den Jahren nach dem 1. Weltkrieg galt die Tuberkulose noch als größte Volksseuche. Noch im Jahre 1914 kamen auf 10.000 Einwohner 31 Tuberkulosekranke, im Jahre 1959 ist diese Vergleichsziffer auf 3,2 gesunken. Die Tuberkulosefürsorge unserer Stadt hat sich außerordentlich bewährt und folgende Ziffern weisen die Wirksamkeit aller Vorbeugungs- und Behandlungsmaßnahmen nach: Im Jahre 1946 wurden noch 10.361 Neuaufnahmen an aktiver Tbc gemeldet, davon 2.566 offene Fälle, im Jahre 1959 dagegen nur mehr 1.708 Neuaufnahmen an aktiver Tbc, davon 666 offene Fälle. Vor allem die Tbc-Impfung, die hauptsächlich bei Neugeborenen, Kindern und Jugendlichen durchgeführt wird, hat mitgeholfen, daß die Zahl der Neuerkrankungen von Tuberkulose gerade bei Kindern und Jugendlichen stark gesunken ist.

In der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt wurden im vergangenen Jahr wesentliche Untersuchungen über die Güte des Wiener Trinkwassers im Quellgebiet vorgenommen. Das Wasser wurde eingehend auf seine bakterielle und chemische Beschaffenheit untersucht. Durch das Wachsen unserer Großstadt besteht ein zunehmender Bedarf an Trink- und Nutzwasser. Es wird daher notwendig sein, neue Quellen zu erschließen. Im Interesse der Stadthygiene muß auch in dieser Hinsicht für die Zukunft ausreichend Vorsorge getroffen werden. Im vergangenen Jahr wurde erstmalig das Wasser der Hochquellenwasserleitungen auf ihren Gehalt auf strahlenaktive Substanzen geprüft. Die Aktivitätsmessungen in den Quellschutzgebieten zeigten keine auffälligen Ergebnisse. Im Jahre 1960 wurde auch das Donauwasser eingehend auf seinen Gehalt von Krankheitserregern und Erdölprodukten untersucht. Diesen Untersuchungen wird in Zukunft große Bedeutung zukommen. Das Wiener Gesundheitsamt wird bereits in den ersten Wochen des kommenden Jahres in einem eigens errichteten Viruslaboratorium die Krankheitserreger der Abwässer unserer Stadt einer genauen Kontrolle und Prüfung unterziehen. In diesem Viruslaboratorium wird auch allen städtischen Spitälern die Möglichkeit geboten, bei fraglichen Erkrankungen den Nachweis von Virus-erkrankungen, unter anderem auch von Kinderlähmungserregern erbringen zu können. Nebenbei werden alle bisherigen bakteriologischen Untersuchungen im gleichen Umfang wie bisher in dieser Zentralstelle durchgeführt.

Die Tatsache, daß jedes Jahr viele Personen durch Leuchtgasunfälle gestorben sind, hat das Gesundheitsamt veranlaßt, die Frage der Entgiftung des Stadtgases neuerlich aufzugreifen. Es kann angenommen werden, daß in Wien jährlich 200 bis 250 Menschenleben durch solche Maßnahmen gerettet werden könnten. Es ist selbstverständlich, daß die Gesundheitsbehörde jede Maßnahme begrüßt, die eine Entgiftung des Stadtgases bewirkt. Eine Entgiftung des Stadtgases ist technisch in den Gaswerken durchzuführen, es gibt aber auch die Möglichkeit, Sicherheitseinrichtungen an jeder Brennstelle anzubringen, wobei die Gaszufuhr automatisch beim Verlöschen der Gasflamme gesperrt wird.

Wie in allen anderen Städten der Welt wird auch von den Wienern über die zunehmende Lärm- und Staubentwicklung Klage

geführt. Ein Bundesgesetz, das hier Abhilfe schaffen könnte, gibt es leider nicht. Seitens verschiedenster Behörden wurden jedoch bereits Maßnahmen eingeleitet. Soweit das Gesundheitsamt auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen in der Lage ist Abhilfe zu schaffen, geschieht dies bei Kommissionierungen und Überprüfungen von Beschwerden. Dies betrifft unter anderem auch die Geruchsbelästigung durch Industrieabgase.

Um gesundheitliche Schädigungen durch Lärm zu vermeiden, werden im Gesundheitsamt im kommenden Jahr Vorschläge ausgearbeitet und diese den zuständigen Behörden übermittelt.

Das Problem des Alkoholismus beschäftigt, so wie in vielen anderen Großstädten Europas in zunehmendem Ausmaß, die Gesundheitsbehörden. Eine große Zahl der Verkehrsunfälle ist durch alkoholisierte Personen verschuldet. Sieben Ausfahrten des Wiener städtischen Rettungsdienstes erfolgen täglich zur Versorgung von Verletzten nach Alkoholmißbrauch. Bereits mehr als die Hälfte aller Männer in der Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" müssen wegen Alkoholabusus aufgenommen werden. Diese Ziffern sind alarmierend und stellen uns vor neue Aufgaben. Auf Grund dieser Überlegungen wurde am 1. Dezember dieses Jahres ein erfahrener Facharzt eigens mit der Bearbeitung von Alkoholfragen im Rahmen des Wiener Gesundheitsamtes betraut. Unsere Aufgabe muß es sein, alle Alkoholsüchtigen frühzeitig zu erfassen und einer entsprechenden vorerst ambulanten Behandlung zuzuführen. Vom Wiener Gesundheitsamt wird in der Nervenheil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" die Errichtung eines Rehabilitationszentrums für Geistes kranke vorbereitet. Durch die dort tätigen Fachärzte und Fürsorgerinnen soll den Geisteskranken die Wiedereingliederung in die Gesellschaft nach Abschluß einer stationären Behandlung erleichtert werden. Die modernen Behandlungsmethoden ermöglichen es, daß ein großer Prozentsatz der Geisteskranken geheilt werden kann, doch wird häufig ein Rückfall dadurch ausgelöst, daß nach der Entlassung Unverständnis und Ablehnung der Umgebung eine Wiedereingliederung des Geheilten in die Familie, in den Beruf und in das Leben unmöglich machen.

Das Anstaltenamt zählt zu den größten Abteilungen des Magistrates. In den 18 Spitälern, vier Altersheimen, zwei Heil-

und Pflegeanstalten sowie sechs Lehrlingsheimen stehen 1.174 Ärzte, 6.628 Schwestern und Angehörige des medizinisch-technischen Dienstes, sowie 6.405 übrige Personen, zusammen also 14.207 Personen im Dienste des Gesundheitswesens auf dem Spitalsektor unserer Stadt.

In den genannten Anstalten stehen insgesamt 23.123 systemisierte Betten zur Verfügung, und zwar 12.246 Spitalsbetten, 6.325 Altersheimbetten, 4.047 Betten in den Heil- und Pflegeanstalten und 505 Plätze in den Lehrlingsheimen.

Die voraussichtlichen Einnahmen werden 450 Millionen Schilling, einschließlich 30 Millionen Schilling für den klinischen Mehraufwand sowie weiteren 27 Millionen Schilling Zweckzuschüsse des Bundes betragen.

Die Ausgaben werden sich ohne Investitionen auf rund 667 Millionen belaufen. Die Investitionen auf dem Bausektor werden rund 110 Millionen, auf dem Inventarsektor zehn Millionen, also zusammen rund 787 Millionen Schilling betragen. Damit ergibt sich ein Gesamt-
abgang von nahezu 340 Millionen Schilling.

Bei den angenommenen vier Millionen Verpflegstagen ergeben sich pro Tag und Patient Einnahmen in der Höhe von rund 78 Schilling, denen ohne Investitionen Ausgaben in der Höhe von rund 167 Schilling gegenüberstehen, einschließlich den Investitionen von rund 200 Schilling, sodaß sich ein Betragsabgang pro Patient und Tag von 89 Schilling, bzw. 122 Schilling ergibt.

Der Referent erklärt, daß eine wirksame Verringerung dieser Diskrepanz nur durch eine Erhöhung der Pflegegebühren möglich ist. Im September wurden daher die Pflegegebühren der Selbstzahler in der dritten Gebührenklasse von 70 auf 100 Schilling, in der zweiten Gebührenklasse von 90 auf 130 Schilling und in der ersten Gebührenklasse von 110 auf 160 Schilling erhöht.

Es kann angenommen werden, daß von den rund vier Millionen Verpflegstagen 500.000 Pflagetage auf Klassepatienten entfallen. Das Hauptkontingent der Patienten jedoch, rund 85 Prozent, sind Sozialversicherte. Für diese wird derzeit ein Pflegesatz von 56 Schilling von der Kasse vergütet. Die Bemühungen der Stadt Wien, auch die Pflegegebühr dieser Gruppe entsprechend zu erhöhen, blieben bisher ergebnislos. Die Stadt Wien ist deshalb an das

Schiedsgericht um Entscheidung herangetreten und hat einen Pflege-satz für Sozialversicherte in der Höhe von 90 Schilling pro Tag verlangt. Diese Entscheidung steht noch aus.

Die Bettensituation des Jahres 1960 war auch im Sommer zeitweise angespannt, weil durch Um- und Zubauten in den Wiener städtischen Krankenanstalten während des Sommers - und viele Bauarbeiten können ja nur in den Sommermonaten vorgenommen werden - eine sehr große Zahl von Krankenbetten nicht belegbar waren. So waren zum Beispiel Anfang September fast 1.000 Betten aus diesem Grund blockiert.

Besonders schwierig ist die Bettensituation alljährlich in den Winter- und Frühjahrsmonaten. Im Jahre 1960 konnten an einzelnen Tagen, trotz aller Bemühungen, bis zu 300 Patienten nicht sofort ein Spitalsbett erhalten.

Dieses Problem, die Sicherstellung von Spitalsbetten für stationäre Behandlungsfälle, ist das Kernproblem des Anstalten-antes überhaupt. Es gibt mehrere Gründe, die die Bettennot verursachen: vor allem sind gegenüber dem Jahre 1938 durch Kriegszerstörungen und Widmungsänderungen nahezu 1.000 Spitalsbetten und 3.000 Altersheimbetten ausgefallen. Ein weiterer entscheidender Grund des erhöhten Bedarfes an Spitalsbetten liegt in der wesentlich höheren Lebenserwartung unserer Bevölkerung. In den Fachabteilungen Innere Medizin und Chirurgie ist die Zahl der über 60 Jahre alten Patienten mit 50 Prozent nicht zu hoch gegriffen.

Der höhere Bedarf an Krankenhausbetten ergibt sich nicht nur aus der höheren Krankheitsanfälligkeit der alten Menschen, sondern auch durch die viel längere Verweildauer älterer Patienten in den Krankenanstalten, da auch die Genesung der älteren Menschen meist längere Zeit dauert. Das Fehlen von Pflegemöglichkeiten, zu Hause in der Familie oder in Pflegeheimen, bringt es mit sich, daß nur pflegebedürftige Patienten in Krankenhäuser eingewiesen werden oder aber nicht entlassen werden können.

Weiter werden unter anderem viele Patienten nur deshalb in die Spitäler eingewiesen, weil das derzeit bestehende Honorierungssystem der Krankenkasse dem praktischen Arzt Hausbehandlungen nicht bezahlt.

Ein weiterer nicht unwichtiger Punkt für die derzeitige Bettensituation liegt in der derzeit noch bestehenden Größe der internen

Abteilungen, sodaß sich die Verweildauer des Patienten durch die Überlastung der Primärärzte und Assistenten wesentlich erhöht.

Das Fehlen von hauptberuflichen ärztlichen Direktoren wirkt sich auch nachteilig auf die ärztliche Spitalsverwaltung aus. Durch den zunehmenden Bedarf an technischen Hilfsmitteln zur Diagnosestellung sind vor allem unsere Röntgeninstitute und Laboratorien in den Spitälern überlastet und nicht imstande diagnostische Untersuchungen sofort durchzuführen, wodurch vermeidbare Verzögerungen und damit oft sehr wesentliche Verlängerungen des Spitalsaufenthaltes eintreten.

Um Abhilfe zu schaffen, wurden bereits verschiedene Maßnahmen getroffen. Als Sofortmaßnahme wurde beantragt, in den beiden großen Krankenhäusern Lainz und Franz Josef-Spital je eine Reservestation mit insgesamt 200 Betten zu errichten. Mit dem Bau dieser Reservestationen wurde bereits begonnen. Diese Betten sollen nur zur Zeit des Spitzenbedarfes oder bei außerordentlichen Katastrophenfällen als Reserve eingesetzt werden.

Durch die moderne Behandlung der Hauttuberkulose konnte der Lupus-Pavillon im Wilhelminenspital einem anderen Verwendungszweck zugeführt werden, da die Hauttuberkulose nur mehr außerordentlich selten auftritt. Außerdem kann die Behandlung der Hauttuberkulose bereits ambulatorisch erfolgen. Diesem Umstand entsprechend wurde daher der Umbau der ehemaligen Lupusheilstätte in eine interne Abteilung für chronische Erkrankungen in Angriff genommen. Damit werden wieder zusätzlich 200 Betten, interne Spitalsbetten, geschaffen.

In Kürze wird das umgebaute ehemalige Rochusspital als Krankenabteilung des Altersheimes Baumgarten eröffnet werden. Diese zusätzlichen 120 Betten werden schon im März 1961 mit alten kranken Menschen belegt werden können.

Weiter ist beabsichtigt, das ehemalige Anstaltenhauptlager im Altersheim Baumgarten noch im Laufe des Jahres 1961 in eine Belegstation umzubauen, wodurch weitere 85 Betten gewonnen werden können. Das Altersheim Baumgarten wird auch dadurch eine Verbesserung erfahren, daß das Polizeikommissariat Penzing im Herbst 1961 den von ihm bis jetzt benützten Pavillon VI räumen wird.

Zwecks Unterteilung der großen medizinischen Abteilungen werden im kommenden Jahr folgende Bauarbeiten durchgeführt werden: Im Franz Josef-Spital wird der Pavillon H adaptiert und aufgestockt und eine neue moderne interne Abteilung in diesem Pavillon eingerichtet.

Für das Elisabethspital wurden bereits Pläne ausgearbeitet zur Errichtung eines Operationstraktes und Verlegung der Ambulanzen in diesem neuen Trakt, wodurch für die große interne Abteilung eine Unterteilungsmöglichkeit geschaffen wird. Ebenso werden im Rudolfspital durch den Ausbau der ehemaligen Küche und des Speisesaales Möglichkeiten zur Unterteilung und Neuschaffung einer internen Abteilung geschaffen.

Im Wiener Allgemeinen Krankenhaus wurde für die Nachfolge Professor Schönbauers, bereits entsprechend den Wünschen der Wiener Ärzteschaft, die Stelle eines hauptberuflichen ärztlichen Direktors öffentlich ausgeschrieben, und die Bestellung eines neuen Direktors wird in Kürze erfolgen. In den nächsten Jahren sollen auch die anderen großen Spitäler mit hauptberuflichen ärztlichen Direktoren besetzt werden.

Auch die Durchführung verschiedener Reformen wird diskutiert; so wird unter anderem auch vom Landessanitätsrat eine strengere Handhabung bei der Spitalsaufnahme beraten, damit bei eventueller Bettenknappheit nur wirklich spitalsbedürftige Personen zur Aufnahme gelangen. Auch die Möglichkeit für die Primärärzte, gewisse Voruntersuchungen vor der Aufnahme ambulant durchführen zu können, wird geprüft.

Durch den Ausbau der Hauskrankenpflege erwartet man eine nicht unwesentliche Entlastung der Spitalsbettennot. Durch die Berufstätigkeit vieler Frauen sind heute oftmals viele alte Menschen, wenn sie krank sind, ohne häusliche Pflege.

Bereits im nächsten Monat werden auf fast allen Abteilungen unserer Krankenhäuser die Assistentenstellen vermehrt. Dadurch erhofft man eine raschere Durchuntersuchung und Diagnosestellung während des Spitalsaufenthaltes.

Fast alle städtischen Spitäler stammen aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg. Es müssen daher jährlich hohe Beträge für die bauliche Erhaltung aufgewendet werden. Insgesamt sind für das kommende Jahr für diesen Zweck 20 Millionen Schilling vorgesehen. Dazu bringt es die rasche Entwicklung der Medizin mit sich, daß immer auch neue medizinische Apparate angeschafft oder bereits vorhandene auf den modernsten Stand gebracht werden müssen, sodaß auch hier ganz beachtliche Beträge benötigt werden.

Das größte Bauvorhaben ist der schon in Angriff genommene Erweiterungsbau des Wilhelminenspitales, für dessen Fortführung im kommenden Jahr 38 Millionen Schilling veranschlagt sind. Der begonnene Umbau des ehemaligen Lupuspavillons im Wilhelminenspital in eine interne Abteilung für chronisch Kranke wird mit sieben Millionen Schilling im kommenden Jahr fortgesetzt.

Aus den für das Jahr 1961 vorgesehenen größeren Bauvorhaben hob der Stadtrat noch die bedeutendsten hervor, die in folgenden Anstalten durchgeführt werden: Lungenheilstätte Baumgartner Höhe, Wilhelminenspital, Franz Josef-Spital und Elisabethspital.

Zum Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses wurden sämtliche Vorplanungsarbeiten mit größter Sorgfalt durchgeführt. Auf Grund der von den Wiener Behörden zur Verfügung gestellten Unterlagen konnte Dr. Riethmüller ein Raum- und Funktionsprogramm erstellen, welches für die Architekten die notwendigen Unterlagen zur Erstellung eines dementsprechenden Projektes gibt. Der Ideenwettbewerb wurde bereits ausgeschrieben und es ist damit zu rechnen, daß sich im kommenden Jahr die Jury mit den eingereichten Bewerbungen beschäftigen kann.

Eines möchte ich aber bei dieser Gelegenheit doch erwähnen. Bei der vorletzten Sitzung des Spitzenausschusses war Dr. Riethmüller anwesend. Am Schluß dieser Sitzung meldet sich Dr. Riethmüller noch einmal zum Wort. Er lobte den Fleiß und die Umsichtigkeit aller geleisteten Vorarbeiten und erklärte, trotz seiner großen und umfangreichen Tätigkeit habe er es bisher noch nicht erlebt, daß ein Spitalsbau so genau durchdacht und überlegt und wohl vorbereitet in Angriff genommen wurde, als unser neues Allgemeines Krankenhaus. Mit Gewißheit darf man annehmen, daß das neue Wiener Allgemeine Krankenhaus, eines der modernsten und schönsten Krankenhäuser der Welt überhaupt wird. ./.

Bereits im kommenden Jahr wird der erste Schritt zur Modernisierung unserer Kliniken in Angriff genommen, und zwar die Erweiterung und völlige Neugestaltung der II. chirurgischen und I. Universitäts-Frauenklinik. Der 50prozentige Kostenanteil der Gemeinde Wien an der ersten Baurate beträgt 12,5 Millionen Schilling.

Auf dem Sektor der Altersheime hat sich der Bettenstand gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Im kommenden Jahr wird durch die Eröffnung des St. Rochus-Spitals als Krankenabteilung des Altersheimes Baumgarten eine Bettenvermehrung stattfinden, sodaß insgesamt 6.310 Altersheimbetten zur Verfügung stehen werden.

In den Heil- und Pflegeanstalten "Am Steinhof" und "Ybbs" sind für das kommende Jahr 4.047 Betten vorgesehen. Gegenüber den ersten Vergleichsmonaten des Jahres 1959 ist eine stark steigende Aufnahmetendenz zu verzeichnen. Mehr als die Hälfte aller in die Anstalt eingewiesenen Männer sind wegen chronischer Trunksucht aufgenommen worden. Die Trunksüchtigen sollen jedoch ausschließlich in einer Trinkerheilanstalt, bzw. in einer Alkoholikerfürsorge, einer Behandlung unterzogen werden.

Der Aufgabenbereich der Trinkerheilanstalt und der Alkoholikerfürsorge muß sich vor allem jenen Patienten widmen, die sich freiwillig in Behandlung begeben, um von ihrer Sucht befreit zu werden. Weiter sollen dort jene Trinker betreut werden, die noch selbst die Notwendigkeit einer Behandlung einsehen oder noch genügend Einsicht in die Bedrohlichkeit ihres Verhaltens haben.

Das Gesundheitsamt der Stadt Wien wird in dem neu geschaffenen Trinkerreferat in Zusammenarbeit mit der Nervenheil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" alle diese leider unbedingt notwendigen Einrichtungen im kommenden Jahr weiter ausbauen.

In den Lehrlingsheimen stehen weiterhin 505 Betten zur Verfügung. Auch hier sind neben baulichen Herstellungs- und Adaptierungsarbeiten zur Verbesserung und Verschönerung der Einrichtung und Ausstattung der einzelnen Heime umfangreiche Neuananschaffungen an Möbeln und sonstigen Einrichtungsgegenständen vorgesehen.

Für den städtischen Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst war eine Vergrößerung der bestehenden Einrichtungen erforderlich, werden doch die Einsatzfahrten durch die zunehmende Verkehrsichte und die automatische Regelung von Kreuzungen immer mehr behindert. Bereits Mitte Oktober konnte für die erforderliche neunte Tour das notwendige Personal, die erforderlichen Kraftwagen und Unterkunftsräume bereitgestellt werden, sodaß diese ihren Dienst aufnehmen konnte.

Die Errichtung einer eventuell erforderlichen zehnten Tour ist im Budget vorgesehen. Es ist geplant, diese im 10. Bezirk zu errichten.

Wir haben auch den Entwurf eines Vertrages zwischen dem städtischen Rettungsdienst und dem Landesverband vom Roten Kreuz für Wien, Niederösterreich und Burgenland ausgearbeitet, in welchem durch eine Gebietsabgrenzung der Einsatz der Rettungsfahrzeuge geregelt werden sollte. Durch die Neugründung eines Landesverbandes vom Roten Kreuz für Wien wurde dieser Vertrag in dieser Form hinfällig, jedoch scheint es mir außerordentlich wichtig, daß ein Punkt dieses Vertrages nun revidiert wird. Rettungsfahrzeuge, ob von der einen oder der anderen Institution, sind künftig nur mehr über die Nummer 144 zu erreichen, wobei der Journalbeamte das Fahrzeug, das sich gerade dem Unfallort am nächsten befindet, zu diesem Unfall hinbeordert. Damit ist der sogenannte Rettungskrieg ein für alle Mal erledigt, ebenso sind Doppelausfahrten durch diese Lösung von vornherein nicht möglich, und den freiwilligen Helfern des Roten Kreuzes ist weiters die notwendige Möglichkeit zur Schulung und Ausbildung gegeben.

Nach Klärung des Tätigkeitsgebietes und Feststellung des Aufgabenkreises des neu zu gründenden Landesverbandes ~~des~~ Roten Kreuzes für Wien sollen nach Maßgabe des Bedarfes eine zehnte Tour des Rettungsdienstes und zwei neue Touren des Krankenförderungsdienstes in Dienst gestellt werden.

Ein dringendes Problem im Spitalbetrieb ist nach wie vor der Mangel an geschulten Krankenschwestern. Im letzten Jahr konnten viele berechtigte Wünsche unserer Krankenschwestern erfüllt werden.

Eine außerordentlich große Hilfe für unsere Schwesternschaft sind die 548 in den Spitälern tätigen Stationsgehilfinnen.

Ich bin aber der Meinung, sagte Stadtrat Dr. Glück, daß es nicht allein mit materiellen Besserstellungen in diesem Berufszweig getan ist. Ich glaube, daß wir uns auch bemühen müssen, den Schwesternstand als solchen in seiner sozialen Stellung zu heben. Es wäre zu empfehlen, daß wir in unseren Anstalten folgende Arten von Pflegedienst, die auch nach außen gekennzeichnet sein müssen, unterscheiden:

diplomierte Schwester, .

Pflegeschwester, die nach einer kurzen Ausbildungszeit zum Stationsdienst herangezogen wird,

Stationsgehilfin, die nebenberuflich angestellt ist, und das übliche Personal.

Auch für den Ärztstand konnten im vergangenen Jahr wesentliche Verbesserungen dienstrechtlicher Art durchgesetzt werden. Während vor einigen Jahren noch eine große Anzahl unbezahlter Gastärzte in unseren Spitälern arbeitete, sind wir heute schon in der glücklichen Situation, daß jeder frisch promovierte Arzt mit einer sofortigen bezahlten Ausbildungsstelle rechnen kann. Für die schon jahrelang in den Abteilungen arbeitenden Ärzte konnten wesentliche dienstrechtliche Verbesserungen erreicht werden.

Abschließend dankte der Referent allen, die in der Geschäftsgruppe V mitarbeiten und mithelfen, entweder direkt oder indirekt, unseren kranken Mitbürgern Gesundheit und damit wiederum Freude und Lebenslust zurückzugeben, herzlichst für ihre verantwortungsvolle und oft schwere Arbeit.

Die Debatte über das Gesundheitswesen

Als erster Debattenredner zum Kapitel Gesundheitswesen ergreift GR. Maller (KLS) das Wort. Er stellt einleitend fest, daß wir im Gesundheitswesen etwa dort stehen, wo wir uns heute vor einem Jahr befunden haben. Er kritisiert zunächst die Bauvorbereitungen zur Errichtung des neuen Allgemeinen Krankenhauses. In diesem Zusammenhang erinnert er an die vielen Versprechungen, die in den letzten Jahren gemacht wurden und ersucht den Amtsführenden Stadtrat, dem Gemeinderat mitzuteilen, wann der Bau endlich in Angriff genommen werden kann. Er legt auch einen diesbezüglichen Resolutionsantrag vor. Der Redner beschäftigt sich dann mit der Frage des chronischen Spitalsbettenmangels und mit seinen Ursachen. Eine der wichtigsten Ursachen erblickt er in

den schlechten Wohnverhältnissen, die viele Menschen zwingen, bei Erkrankung die Unterbringung in einem Spital anzustreben. Die Linderung der Wohnungsnot, meint er, müßte sich zugleich auch gesundheitlich auswirken. Auch der Ausbau der Hauspflege könnte wertvolle Abhilfe schaffen.

GR. Maller verweist dann auf die unterschiedliche Qualität der Verpflegung in den Wiener Spitälern, obwohl die Verpflegungsgebühren einheitlich gestaltet sind. Seiner Meinung nach sind die Klagen über die mangelhafte Kost, die bedauerlicherweise am häufigsten aus den Reihen der Patienten der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe und der Pflinglinge der Altersheime kommen, auf einen verfehlten Personaleinsatz im Verwaltungsapparat zurückzuführen. Er beschäftigt sich dann mit Angelegenheiten des Spitalspersonals und gibt seiner Genugtuung über die durchgeführte Gehaltungs- und Dienstregelung für die Krankenschwestern Ausdruck, obwohl, wie er hinzufügt, noch immer nicht alle Wünsche der Krankenpflegerinnen erfüllt wurden. Er spricht sich gegen die jetzige Praxis bei der Vergebung der Primarstellen aus.

Der Redner setzt sich dann unter Hinweis darauf, daß sich im Jahre 1959 und in den ersten neun Monaten dieses Jahres in Wien mehr als 300 Todesfälle durch Leuchtgas ereigneten, abermals für eine Entgiftung ein. Er wendet sich jedoch gegen die von der ÖVP vorgeschlagene Volksabstimmung über die Frage, ob das Leuchtgas bei gleichzeitiger Tarifierhöhung entgiftet werden soll, weil die Gaswerke die Entgiftung aus ihrem Reingewinn ohne jede Preiserhöhung bestreiten könnten und es die Pflicht der Gemeinde ist, die jetzt gebotenen technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten auszunützen und aufzuhören, mit dem Leuchtgas den Tod ins Haus zu leiten. In der Frage der Volksgesundheit und Hygiene einfach abstimmen zu lassen, noch dazu mit der warnenden Gegenüberstellung der Kosten, das klingt allzu sehr nach Geld oder Leben. Giftgas im Haus ist heute ein technischer Anachronismus. Der Redner legt einen Antrag vor, nach dem der ÖVP-Vorschlag auf eine Volksabstimmung abgelehnt und die Entgiftung ohne Gaspreiserhöhung erwirkt werden soll.

Weiter setzt er sich für die psychische Betreuung der Menschen ein und bittet in dem Zusammenhang den Stadtrat,

der Frage der Bekämpfung der Schmutz- und Schund-Literatur sein Augenmerk zuzuwenden.

Weiter fordert er erhöhte Anstrengungen des Wiener Gesundheitsdienstes bei der Bekämpfung von Krebs und Rheumanerkrankungen und beantragt, die Gemeinde möge alles unternehmen, um diese Krankheiten mit den modernsten Untersuchungsmethoden zu bekämpfen und ehebaldigst einen Plan zur Errichtung eines breiten Netzes von Untersuchungsstellen vorzulegen.

Schließlich begrüßt er die Erfolge bei der Bekämpfung der Kindlähmung und die Einführung der oralen Impfung. Weiter fordert er stärkere Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung, damit werdende Mütter die Schwangerenberatungsstellen stärker in Anspruch nehmen und die Säuglingssterblichkeit dadurch herabgemindert werden kann.

Das hohe Defizit von 308 Millionen bei den Krankenhäusern und Fondsanstalten zeigt, daß die derzeitige finanzpolitische Regelung eine außerordentliche Benachteiligung der Wiener Bevölkerung mit sich bringt, der die Zustimmung nicht gegeben werden könne.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) bezeichnet die Probleme des Gesundheitswesens in unserer Stadt als sehr groß. Die seinerzeitige Antrittsrede des Gesundheitsstadtrates hat erkennen lassen, daß er mit viel Elan und mit Initiative diese große und schwierige Aufgabe übernommen hat. Leider wurden aber trotzdem viele Gedanken und Ideen nicht realisiert. Sie sind anscheinend im Getriebe der Bürokratie verzettelt worden. So können die Maßnahmen zur Beseitigung der Bettennot nicht als ausreichend bezeichnet werden, da der Bettenstand im Berichtsjahr nur um 149 erhöht werden konnte. Der Redner kommt sodann auf zwei neuerrichtete Kassenambulatorien, eines im 20. und eines im 21. Bezirk, zu sprechen. Es handelt sich um zwei Lungenambulatorien, gegen deren Errichtung sich die Ärztekammer ausgesprochen hat, weil sie der Meinung war, daß in diesem Gebiet genügend Lungenfachärzte vorhanden wären. Im Juni dieses Jahres hat die Magistratsabteilung 16 dann aber trotzdem die Bewilligung zur Errichtung und zum Betrieb der beiden Lungenambulatorien erteilt. Die Ärztekammer hat daraufhin beim Verwaltungsgerichtshof Beschwerde erhoben. Aus dem Inhalt dieser Beschwerde geht hervor, daß die beiden Ambula-

torien bereits seit 1958 in Betrieb stehen und die Magistratsabteilung 16 nicht dagegen eingeschritten ist, obwohl sie dazu gesetzlich verpflichtet gewesen wäre. Der Redner richtet die Frage an Stadtrat Dr. Glück, ob diese Behauptung stimme, wenn ja, welche Gründe maßgebend waren, daß dagegen nicht eingeschritten wurde. Er kam dann auf die plötzliche Erkrankung einer größeren Zahl von Patienten in der Nervenheilanstalt Rosenhügel zu sprechen. Die Ursache für diese Erkrankungen soll angeblich eine Lebensmittelvergiftung, hervorgerufen durch chinesisches Trockeneipulver, gewesen sein. Man könne aus dem volksdemokratischen China alles möglich kaufen, aber doch keinesfalls Nahrungsmittel. Dieses Trockeneipulver soll für England bestimmt gewesen sein und kam, als es England nicht annahm, über Westdeutschland nach Österreich. Gerade in unseren Spitälern dürften aber nur die besten und natürlich belassenen Nahrungsmittel verwendet werden. Der Redner bittet um Aufklärung, ob dieses Trockeneipulver nicht überprüft wurde und wer für den Ankauf verantwortlich ist.

GR. Dr. Schmidt kommt sodann auf die Probleme der Krankenschwestern zu sprechen. Das Jahr 1960 brachte ihnen zwar eine dienstrechtliche Besserstellung, für die nicht zuletzt die Kampfmaßnahmen der Schwestern maßgebend waren. Es habe lange gedauert, bis gerade die Krankenschwestern sich zu solchen Kampfmaßnahmen entschließen konnten. Da man ihre gerechten Forderungen nicht erfüllen wollte, mußten sie sich schließlich doch dazu entschließen. Auf dem Gebiete der Arbeitsbedingungen wird gerade bei den Schwestern noch sehr viel zu tun sein. Die Arbeitszeit, die Überlastung während des Dienstes, Urlaubsvertretung usw., seien noch offene Fragen. Damit hängt auch das Problem der Hilfschwestern zusammen. Diese Hilfsschwestern müßten in Kursen geschult werden, denn erst dann könnten sie eine wirkliche Hilfe für die Schwestern und die Kranken sein. Der Redner tritt auch für die Schaffung von Diensträumen für die Schwestern ein. Ferner beantragt er, den Schwestern zu ihrer übrigen Dienstkleidung auch die geeigneten Schuhe zur Verfügung zu stellen. Eine weitere Forderung der Krankenschwestern wäre die Zurverfügungstellung von Wohnungen in der Nähe der Krankenhäuser und die Schaffung von Kindergärten. Ein großes Anliegen der Schwestern sei auch die

Sorge um ein günstiges Betriebsklima. Der Redner kommt sodann auf den Wahlkampf anlässlich der Betriebsratswahlen in den Spitälern zu sprechen, in deren Verlauf von den Sozialisten die Schwestern, die für die überparteiliche Liste und im Rahmen des Aktionsausschusses kandidierten, beschimpft wurden. Diese Frauen haben es nicht verdient, als "Flintenweiber" bezeichnet zu werden.

Hinsichtlich des Neubaus des Allgemeinen Krankenhauses wurde schon im vorigen Jahr viel gesprochen. Es mutet nun etwas eigenartig an, wenn Dr. Riethmüller die Verschleppung des Baues als einen Beweis der Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit hinstellt.

Als sehr erfreulich bezeichnet der Redner das Sinken der Säuglingssterblichkeit. Es soll jetzt bei etwa 3.4 Prozent liegen, ein Prozentsatz der jedoch gegenüber dem Ausland noch immer als hoch bezeichnet werden muß. Hier muß schon die Betreuung bei der werdenden Mutter einsetzen. Wenn sie ein gesundes Kind zur Welt bringt, wird die Säuglingssterblichkeit viel geringer werden. Die Zahl der Schwangerenberatungsstellen müßte weiter vermehrt werden. Die Einführung eines Schwangerenpasses ist zu begrüßen, es sei jedoch unbegreiflich, warum es so lange gedauert hat, bis er herauskam. Der Redner fordert sodann, die Zahl der Brutkästen in den städtischen Krankenanstalten zu erhöhen. Solche Brutkästen sind in vielen Fällen für das weitere Fortkommen eines zu früh geborenen Kindes entscheidend. Die Erfolge auf dem Gebiete der Bekämpfung der Kinderlähmung seien erfreulich. Es müßte jedoch hier mehr Propagande gemacht werden. Hinsichtlich der Schulärzte regt der Redner an, mehr Kinderfachärzte einzustellen.

Was die Lärmbekämpfung anbelangt, so sei das Ergebnis des Referates von Stadtrat Dr. Glück enttäuschend. Wir haben nur gehört, daß Maßnahmen in Planung sind.

Der Redner bedauert, daß der Röntgenwagen noch immer nicht eingesetzt worden ist. Er begrüßt den Ausbau des Rettungsdienstes, stellt aber fest, daß dieser Ausbau nicht schnell und umfangreich genug erfolgt. Vom Rettungsspital wurde leider heute überhaupt nicht gesprochen.

Abschließend erklärt Dr. Schmidt, daß seine Fraktion diesem Budget nicht die Zustimmung geben werde.

GR. Dr. Eberle (ÖVP) meint zunächst, wenn man seine Vorredner angehört hat, dann sieht es fast so aus, als ob in dieser Verwaltungsgruppe überhaupt nichts Positives geleistet wurde. Er glaube jedoch, daß man gerade im Wiener Gesundheitswesen das Positive anerkennen müsse. Es ist nun ein Jahr her, daß Dr. Glück dieses heikelste Ressort unserer Stadt übernommen hat, und er wünsche dem Stadtrat viel Erfolg auf dem Weg, den er bisher beschritten hat.

Der Redner beschäftigt sich dann mit dem Arztesproblem und begrüßt die im Sommer getroffenen Abmachungen bezüglich der Spitalsärzte. Außerdem erklärt er die Bereitschaft der Landesvertretung, mit der Gemeinde Wien zusammenzuarbeiten, um darauf zu sehen, daß die Spitalsärzte ihre Anstellung nicht zugunsten ihrer Privatpatienten vernachlässigen.

Zu der Schwesternfrage führt der Redner aus, daß man hier nicht so weit ist wie mit den Ärzten. Man müsse sich in dieser Frage viel mehr bemühen als bisher, sonst könnte es uns eines Tages passieren, daß wir zwar das schönste Krankenhaus der Welt besitzen, aber es nicht führen können, weil wir keine Schwestern haben. Die Bezahlung der Schwestern ist bei uns trotz allen Fortschritten noch immer zu gering. Wenn es Schwierigkeiten mit dem Schema gibt, dann soll man eben ein eigenes Gehaltsschema für Heilberufe schaffen. Er habe sich schon seit Jahren bemüht, die Schwestern den Maturantinnen gleichzusetzen. Hier müsse man doch endlich eine Lösung finden.

Was die Bettennot anbelangt, unterstreicht der Redner die vom Referenten dafür angeführten Gründe und weist außerdem darauf hin, daß dieses Problem in der ganzen Welt auftritt.

Wir sind stolz auf die Erfolge, die wir mit den Impfungen bisher erzielt haben, gegen Tbc, gegen die Pocken, Diphtherie, Scharlach und Tetanus. Hoffentlich gelingt es uns auch auf dem Gebiet der Kinderlähmung ähnliche Erfolge zu erzielen. Die bisherigen Impfungen haben wenigstens ergeben, daß niemand an Kinderlähmung gestorben ist, der die dreimalige Impfung gegen diese Krankheit bekommen hat.

GR. Dr. Eberle spricht dann zum Thema Säuglingssterblichkeit und meint, man sollte hier auf dem Boden der Realität und der Wahrheit bleiben. Würde man in die Statistik alles hineinbeziehen sowie es anderswo geschieht, so stünde es mit der Säuglingssterblichkeit bei uns nicht schlecht. Er stellt fest, daß auch wir in Österreich bei ihrer Bekämpfung schöne Erfolge zu verzeichnen haben. (Beifall).

Zur Bekämpfung der Lärmplage, sagt der Redner, daß man bisher über schöne Reden nicht weitergekommen ist. Man müßte allgemein mehr Rücksicht auf den Mitmenschen nehmen und darauf achten, daß Wien nicht im Lärm erstickt. Auch die starken Lichtreklamen werden allmählich lästig und der Redner regt die Schaffung einer Kommission an, die die Zumutbarkeit der Lichtreklamen überprüfen soll. Er bedauert im Verlauf seiner weiteren Ausführungen das Zunehmen der Verkehrsunfälle und verlangt, man möge sich zur Entgiftung des Leuchtgases entschließen. Zum Alkoholismus habe er als Arzt ein ganz besonderes Wort zu sprechen, vor allem was den Alkoholismus bei Jugendlichen anbelangt. Die Versuche der Geschäftsleute, Likörbonbons als besonders geeignet für Jugendliche zu empfehlen, bezeichnet er als empörend. Dem ÖVP-Redner brachten seine weiteren Ausführungen Beifall bei der SPÖ ein. Das erstemal, als er sich dafür einsetzt, die Einnahmen aus einer erhöhten Schnapsbesteuerung den Krankenkassen zur Verfügung zu stellen, das zweitemal, als er anregt, die Mehreinnahmen aus dem steigenden Tabakkonsum ebenfalls für die Gesundheitsgeschädigten zu verwenden. Gr. Dr. Eberle ersucht dann um vollste Unterstützung bei der Errichtung von Alterskrankenhäusern und Alterskrankenabteilungen in den großen Spitälern und stellt den Antrag, man solle in dieser Richtung die Vorarbeiten in Angriff nehmen.

Zum Abschluß seiner Ausführungen richtet er an den Gemeinderat die Bitte um Subventionen für die konfessionellen Krankenhäuser. Er bezeichnet es als beschämend, wenn die Barmherzigen Brüder jedes Jahr auf die Straße gehen müssen, um für ihr Krankenhaus zu betteln. (Beifall der ÖVP.)

GR. Dr. Gisel (SPÖ) stellt als nächster Debatteredner fest, daß sich das Gesicht Wiens in den letzten Jahrzehnten grundlegend geändert hat. Das gilt vor allem auch im Gesundheitswesen. Der

Wiener der Gegenwart wird im Krankenhaus geboren, er verbringt im Durchschnitt eineinhalb Tage im Jahr im Spital und stirbt auch im Krankenhausbett, sofern er nicht anderswo vom Tod gefällt wird. Was die Frage der Krankbetten betrifft, meint der Redner, daß die angegebenen Zahlen über die vorhandenen Betten verwirrend wirken. Es gäbe Betten in den Universitätskliniken, in den Spitälern, in Heilstätten, in Pflegeanstalten usw. Man müßte, ähnlich wie für den Verkehr, auch für das Gesundheitswesen einen Generalplan aufstellen und sich um eine Koordination bemühen. Vor allem müßte Klarheit darüber geschaffen werden, wohin einzelne Krankheitsfälle gehören. Zum Kapitel Bettennot erinnert der Redner an die Situation, die in einigen medizinischen Abteilungen unserer Spitäler zu einem Zeitpunkt entstanden ist, als die Spitalsärzte ihre Vorbereitungen für einen Streik trafen. Damals wurde von ihnen erklärt, daß hunderte Patienten aus den Krankenhäusern entlassen werden könnten. Der Redner ist der Ansicht, daß hier etwas nicht in Ordnung ist.

Wenn freilich gefragt wird, ob die Chancen gesund zu werden in einem neuen Allgemeinen Krankenhaus besser sein werden, muß gesagt werden: es geschieht im alten Krankenhaus alles, was überhaupt nur möglich ist. Es wäre leichtfertig, beim Neubau zu drängen, ohne daß vorher alles bedacht ist.

Im Generalplan müßte auch berücksichtigt werden, daß die Spitäler eine periphere Lage im Grünen haben sollen und daß sie mit den Heilanstalten zusammengehören. Das wäre auch für eine gemeinsame Küche von Bedeutung, denn die Kost soll nicht nur wohl-schmeckend, sondern auch ein echter Bestandteil der Therapie sein. Denn auch die Mahlzeit ist ein den Gesundheitszustand des Patienten verbesserndes oder verschlechterndes Moment. Sehr viele Gefäßleiden könnten in speziell zur Behandlung dieser Gefäßschäden eingerichteten Stationen von Fachärzeteams entscheidend beeinflusst werden. Der Schaffung solcher Stationen sollte besonderes Augenmerk zugewendet werden. Menschen mit vorzeitigen Abnützungserscheinungen an Gelenken sollten einer Heilquellenbehandlung zugeführt werden, und dieser neue Lebensimpuls könnte ihnen in einer der köstlichsten Heilquellen, mit denen die Natur uns am Rande dieser Stadt beglückt hat, vermittelt werden.

Man hört immer wieder, daß Menschen unbemerkt in ihrer Wohnung gestorben sind. Hier vermissen wir in unserer Bevölkerung den heiligen Drang, sich um den Einsamen zu kümmern. Das kann man nicht alles der Organisation, der Kommune, überlassen. Hier haben sich Hausgemeinschaften, hier haben sich Vereinigungen zu besinnen. Nächste Woche bekommen wir einen eigenen Landesverband vom Roten Kreuz. Es ist zu hoffen, daß der edle Name des Roten Kreuzes auch für die Wiener Bevölkerung ein Zeichen sein wird, hier mehr zu tun als bisher.

Der Name Schwangerenpaß hat mir nicht gefallen, und es hat sich auch gezeigt, daß er in der Öffentlichkeit keinen Anklang findet. Dieses Dokument des Lebens brauche einen anderen Namen.

Wir müssen auch pädagogisch sein und Methoden finden, um unseren Mitbürgern zu sagen, welchen Schaden sie sich und ihren Kindern zufügen, wenn weiterhin der Alkohol- und Nikotinverbrauch so ansteigt. Wir müssen uns auch überlegen, bis zu welcher Lautstärke wir mit den Einsatzwagen gehen können; denn durch den Lärm können nicht nur Gesundheitsstörungen entstehen, plötzlicher Lärm kann auch den Tod nach sich ziehen.

Das Leuchtgasproblem muß noch beraten werden. Wir wissen aus anderen Städten, daß nach der Entgiftung des Leuchtgases die Explosionsunglücke häufiger geworden sind. Der Mensch ist heute träge, und wenn das Gas entgiftet ist, schließt er die Gasgeräte vielleicht weniger sorgsam. Es wird beides zu überlegen sein, die Entgiftung und Sicherung gegenüber ausströmendem Leuchtgas.

Der Redner würdigt dann die Tätigkeit der Ärzte, des Pflegepersonals und der Hilfskräfte und dankt ihnen für ihre Leistungen. Zunächst anerkennt er das Bemühen der jungen Spitalsärzte, dann würdigt er die Tätigkeit der Krankenschwestern, deren Stand, aus den wenigen Frauen hervorgegangen ist, die sich einstmals als dienende Mägde zur Verfügung stellten. Er verlangt, daß sie nur für die pflegerische Tätigkeit am Krankenbett eingesetzt werden. Jeder Handgriff, der sie vom Krankenbett wegführt, ist eine Fehlinvestition. Wenn wir die Krankenschwestern in der Art auf ihre Berufstätigkeit beschränken könnten, dann hätten wir keinen Pflegerinnenmangel, obwohl trotz Besserung der Gehaltsansätze sich immer nur ein gewisser Prozentsatz diesem Beruf der Krankenschwester widmen wird.

Die Krankenschwester hat weder Telefonistin noch wissenschaftliche Mitarbeiterin eines Arztes zu sein, noch hat sie Laboratoriumsdienste zu machen. Sie hat zu pflegen: dabei hat sie genug zu tun. (Beifall.)

Schließlich lobt der Redner noch die orthopädischen Handwerker, die Künstler ihres Faches sind, und das machen, was die Ärzte sich erträumen, und die Desinfektoren. Er tritt dem Schlagwort vom Rettungskrieg entgegen, den es nie gegeben habe, und erklärt, daß es sich um einen Familienzweist zwischen Institutionen handelt, die das gleiche wollen. Daß eine so verhältnismäßig einfache Lösung gefunden werden konnte, hat organisatorische Voraussetzungen gehabt.

Daß die Wiener Bevölkerung so gesund ist und ein so hohes Alter erreicht, ist sicherlich auch der ärztlichen Kunst, dem Fortschritt der Medizin und Hygiene zu danken, besonders aber den ganz anderen Existenzbedingungen, der Tatsache, daß der Mensch heute in seiner Existenz gesichert ist. Wir haben dafür auch unseren Eltern zu danken, die den Grundstock gelegt haben, und unseren Vorgängern in der Gemeinde, die geplant und realisiert haben. Auch wir müssen gründlich planen und dann voll Energie durchführen. Daß Wien keine sterbende Stadt ist, zeigt auch der starke Fremdenbesuch, denn Sterbende kommt man nicht gerne besuchen. Wir wollen diesen Menschen, die zu uns kommen, auch zeigen, daß wir nicht nur den Menschen dieser Stadt dienen, sondern einem viel höheren Ideal: der Menschlichkeit! (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Stadtrat Dr. Glück dankt in seinem Schlußwort den Debatterednern für ihre interessanten Mitteilungen und Anregungen. Im einzelnen ist zu den Ausführungen zu sagen, daß es auf dem Gesundheitssektor nie einen Stillstand geben kann, weil die Fortschritte der Medizin immer neue Probleme aufwerfen, die gelöst werden müssen. Den von Gemeinderat Maller geforderten Terminplan für die Errichtung des Allgemeinen Krankenhauses bittet der Redner abzulehnen. Er selbst habe über den Neubau des Allgemeinen ausführlich gesprochen, für den Baubeginn selbst sei jedoch seine Geschäftsgruppe nicht zuständig. Die Ausführungen über den Neubau im Wilhelminenspital müssen dahingehend berichtigt werden, daß nicht 400, sondern 540 Betten geschaffen werden. Die Kost in den Spitälern kann keinesfalls als schlecht bezeichnet werden.

Es sind auch außer von der Baumgartner Höhe keine Klagen über die Kost laut geworden. Die Baumgartner Höhe aber ist eine Krankenanstalt, in der manche Patienten viele Monate lang bleiben müssen und ihnen die Kost dadurch monoton erscheint. Es wird aber gerade auf der Baumgartner Höhe eine zweite Kost, also sozusagen Wahlkost, verabreicht. Man bemühe sich, dies auch in den Altersheimen einzuführen. Es ist keine Geldfrage, sondern eine Frage des Personals. Es stehen leider für die Küchen nicht genügend Fachkräfte zur Verfügung.

Bei der Vergebung der Primararztstellen könne man keinesfalls behaupten, daß dies nach parteipolitischen Gesichtspunkten erfolgt. Die Primararztstellen werden nur mit erstklassigen Kräften besetzt, deren fachliche Qualität allein ausschlaggebend ist.

Der Antrag auf Entgiftung des Leuchtgases wurde bereits im Vorjahr gestellt und darüber verhandelt. Der Redner bittet daher, den Antrag abzulehnen.

Bei der Bekämpfung der Kinderlähmung sollen nur jene Methoden durchgeführt werden, die sich hundertprozentig bewährt haben und von der obersten Gesundheitsbehörde hierfür empfohlen werden.

Die Unterteilung von großen Abteilungen in Spitälern würde einen großen Ausfall an Betten mit sich bringen und wäre daher nicht zweckmäßig. Zu den im Sommer aufgetretenen Erkrankungen in der Krankenanstalt Rosenhügel ist zu sagen, daß in einer Großstadt immer wieder derartige Infektionen vorkommen können. Es wurde aber alles zur Verhinderung der Verbreitung dieser Infektion getan.

Die Schwangerenberatungsstellen könne man nicht endlos vermehren. Schließlich stehen auch in allen Krankenanstalten Ambulanzen zur Verfügung und außerdem gibt es eine ausreichende Zahl von Gynäkologen. Man soll diese Schwangerenberatungsstellen nur dort einrichten, wo wirklich Mangel besteht.

Mit den Ausführungen des GR. Dr. Gisel (SPÖ) stimme er im wesentlichen überein. Nur über die Heranziehung der Schwestern sei er anderer Ansicht. Schließlich erhalten die Schwestern eine dreijährige gute Ausbildung. Es wäre daher vollkommen unrichtig, würde man sie nur zur Pflege und zur Verabreichung des Essens verwenden.

Die Schwestern tragen eine große Verantwortung, schließlich liegt ja die Ausgabe und Verabreichung der Medikamente und die richtige Dosierung in ihren Händen.

Abschließend dankt der Referent allen für die interessanten Ausführungen und bittet um Annahme der Ansätze. (Beifall bei ÖVP und SPÖ). Bei der Abstimmung wurden die Ansätze mit den Stimmen der beiden großen Parteien angenommen.

Die Anträge des GR. Maller, betreffend Erstellung eines Terminplanes für die Errichtung des Allgemeinen Krankenhauses und die Entgiftung des Leuchtgases wurden gegen die Stimmen der KLS abgelehnt. Der Antrag, betreffend Krebs- und Rheumabekämpfung, wurde einstimmig dem zuständigen Ausschuß zur Behandlung zugewiesen.

Der Antrag der GR. Dr. Eberle und Dr. Helene Stürzer, betreffend Errichtung von sogenannten Altersspitälern und Abteilungen für Alterskrankheiten, wurde dem Gemeinderatsausschuß V zur Behandlung zugewiesen, ebenso der Antrag des GR. Dr. Schmidt, der die Zuteilung von Schuhen an das Pflegepersonal beinhaltet.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Franz Kranewitter zum Gedenken

=====

16. Dezember (RK) Auf den 17. Dezember fällt der 100. Geburtstag des Dramatikers Franz Kranewitter.

In Nassereith, Tirol, geboren, wuchs er in bitterster Armut auf und empfing schon in dieser Zeit Eindrücke, die sich auf sein späteres Schaffen auswirkten. Auch den freien Schriftsteller erwartete ein hartes Leben. Der Durchbruch zum Dichterischen gelang ihm auf dem Gebiet des Dramas. Seine Bauertragödien zeigen einen erschütternden Realismus und sind inhaltlich wie sprachlich lebensecht gestaltet. Von seinen Stücken seien "Um Haus und Hof", "Michael Gaismayr", "Andre Hofer" und vor allem sein Hauptwerk, der Einakter-Zyklus "Die sieben Todsünden", genannt, an dem er zwanzig Jahre gearbeitet hatte. Franz Kranewitter, dessen Leistungen vielfach verkannt und erst im Greisenalter gewürdigt wurden, ist am 4. Jänner 1938 in Innsbruck gestorben.

- - -

75. Geburtstag von Paul Heiterer-Schaller
=====

16. Dezember (RK) Am 19. Dezember vollendet der ehemalige Präsident des Verwaltungsgerichtshofes, Dr. Paul Heiterer-Schaller das 75. Lebensjahr.

In Brünn geboren, absolvierte er an der Wiener Universität die rechtswissenschaftlichen Studien und wurde Staatsbeamter. Er lernte verschiedene Zweige des Verwaltungsdienstes in der Stadthalterei kennen, kam dann in das Innenministerium und erhielt schließlich im Bundeskanzleramt einen neuen Wirkungskreis, in dem er sich vor allem mit dienstrechtlichen Angelegenheiten sowie mit Fragen der Verwaltungsorganisation und Verwaltungsreform befaßte. 1938 außer Dienst gestellt, arbeitete er als Wirtschaftsberater für private Firmen. Nach Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreichs zum Sektionschef ernannt, leitete er die Abteilung II im Bundeskanzleramt und hatte in dieser Stellung erheblichen Anteil an der Erneuerung des österreichischen Dienstrechts. 1951 erfolgte seine Berufung zum Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes. 1956 trat er in den Ruhestand.

- - -

23 Wiener Mädchen adoptieren Puppen
=====

16. Dezember (RK) Heute nachmittag fand im städtischen Kindergarten "Im Stadtpark" die traditionelle vorweihnachtliche "Puppenadoption" statt.

Stadtrat Maria Jacobi verteilte an 23 Wiener Mädchen im Alter von zehn bis zwölf Jahren "Adoptionsurkunden" für ihre Puppenkinder, die sie vor einem Jahr im Auftrag des Wiener Jugendamtes in Pflege übernommen haben. Zur Belohnung für die liebevolle Betreuung ihrer Puppen durften sie ihre "Pflegekinder" als Weihnachtsgeschenk behalten.

Zugleich wurden an 23 neue "Pflegemütter" Puppen in Pflege gegeben. Sie nahmen sie mit dem Versprechen entgegen, die Puppen ein ganzes Jahr brav zu pflegen. Der Feier im Stadtpark wohnten mehrere Gemeinderäte sowie leitende Beamte des Wiener Jugendamtes bei.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Geschäftsgruppe VI, Bauangelegenheiten
=====

Stadtrat Heller (SPÖ) stellt an die Spitze seines Referates über das Kapitel Bauangelegenheiten die Mitteilung, daß das Bauprogramm 1960 erfüllt ist. Diese "Vollzugsmeldung" vor dem Gemeinderat, so betont der Referent, ist nur möglich, weil alle am Bauprogramm Beteiligten mit ungeheurem Einsatz tätig waren. Dafür gebührt allen, vom Baudirektor bis zum Hilfsarbeiter, der Dank der Wiener Bevölkerung.

Stadtrat Heller führte dann unter anderem weiter aus: Es erfüllt mich mit großer Freude und Genugtuung, daß ich auch in diesem Jahre dem Gemeinderat wieder berichten kann, daß unser gesamtes Bauprogramm mit nur ganz wenigen Unglücksfällen abgewickelt werden konnte. Obwohl auf durchschnittlich 1.600 Baustellen rund 14.000 Arbeitskräfte beschäftigt waren, haben sich nur 86 größtenteils leichtere Unfälle ereignet. Es ist dies zweifellos ein Erfolg unserer ständigen Bemühungen, die Sicherheit auf unseren Baustellen zu verbessern.

Ich halte es für notwendig, bei dieser Gelegenheit auch ein paar Worte über die Arbeitsmoral im Baugewerbe zu sagen. Es ist wohl richtig, daß da und dort Entgleisungen vorkommen, die keinesfalls gutgeheißen werden können. Ich habe aber bei meinen vielen Besuchen auf Baustellen selbst die Beobachtung gemacht, daß der überwiegende Teil unserer Bauarbeiter fleißig ist und ausgezeichnete Arbeit leistet. Man sollte endlich damit aufhören, Handlungen einiger weniger zu Pauschalverdächtigungen gegenüber ganzen Berufsgruppen zu mißbrauchen. Ich stehe nicht an, hier zu erklären, daß wir unser Bauprogramm nur dadurch erfüllen konnten, daß die Arbeiter und der überwiegende Teil der für die Stadt tätigen Firmen außerordentlich fleißig und gut gearbeitet haben.

Bedauerlicherweise sind auch in diesem Jahre durch das Horten von Bauaufträgen durch einzelne Firmen, die dann nicht in der Lage waren, diese Aufträge tatsächlich auszuführen, und durch das Abwerben von Arbeitskräften Schwierigkeiten auf einzelnen Baustellen

eingetreten. Besondere Sorge hatten wir in dieser Hinsicht wegen der großen Straßenbaustellen am Ring, aber die Arbeiter auf diesen Baustellen sind den auch an sie herangetragenen Verlockungen nicht erlegen; sie haben brav und fleißig weiter gearbeitet und uns dadurch einer großen Sorge enthoben. Mit Ausnahme eines Streiks der Fuhrwerksunternehmer hat es auf diesen Baustellen in arbeitsrechtlicher Hinsicht keine Schwierigkeiten gegeben.

Die Zusammenarbeit mit den Auftragnehmern geht im allgemeinen klaglos vor sich. Dabei darf die Stadt Wien für sich den immer wieder anerkannten Vorteil gegenüber vielen anderen Bauträgern in Anspruch nehmen, daß sie unter den großen Bauauftraggebern zu den pünktlichsten Zahlern gehört.

Bedauerlicherweise ist auch das jährlich zu beobachtende Ansteigen der Baupreise noch nicht zum Stillstand gekommen. Obwohl die vereinbarten Lohn- und Gehaltsregelungen im Bau- und Bauneben-gewerbe vom 1. Mai 1960 nach langwierigen Verhandlungen zwischen den öffentlichen Auftraggebern und den zuständigen Innungen für die laufenden Aufträge nur eine rund siebenprozentige Erhöhung der Arbeitsanteile der Einheitspreise mit sich gebracht haben - das ist ungefähr eine vierprozentige Steigerung der gesamten Baukosten - haben die nach dieser Regelung durchgeführten Ausschreibungen Preiserhöhungen bis zu 30 Prozent ergeben. Unser seit Jahren geführter Kampf gegen ungesetzliche Kartellbildungen hat wohl einige Erfolge gezeitigt, wir mußten aber auch in diesem Jahre wiederholt Preisabsprachen feststellen, die uns zu Gegenmaßnahmen zwangen. Als sehr wirksames Mittel gegen diese Preisabsprachen haben sich die öffentlichen Ausschreibungen bewährt, und wir haben daher in immer größerem Maße öffentliche Ausschreibungen vorgenommen. Wie sehr sich diese öffentlichen Ausschreibungen auf die Preise auswirken, sehen wir vor allem, wenn wir, weil wir mit dem Ergebnis einer beschränkten Ausschreibung nicht zufrieden sind, nachträglich eine öffentliche Ausschreibung durchführen. Bei diesen öffentlichen Ausschreibungen werden dann oftmals von den gleichen Firmen, die sich auch an der beschränkten Ausschreibung beteiligt haben, Preise angeboten, die bis zu 25 Prozent unter den bei der beschränkten Ausschreibung erzielten Preisen liegen. Ich muß daher erneut und mit allem Nachdruck feststellen, daß wir auch in Hinkunft ungerechtfertigte Preis-

erhöhungen, vor allem solche, die durch Preisabsprachen zustande kommen, nicht widerspruchslos hinnehmen werden und Firmen, die an derartigen ungesetzlichen Preisabsprachen beteiligt sind, auch in Zukunft von jeder weiteren Auftragserteilung ausschließen werden. Zur Steuerung der Wahrheit muß ich allerdings auch hier sagen, daß Verfehlungen einzelner nicht zu Pauschalverdächtigungen führen dürfen. Der überwiegende Teil der Wiener Gewerbe- und Industrieunternehmungen hat auch in diesem Jahre trotz großer Schwierigkeiten für die Stadtverwaltung ordentliche Leistungen zu angemessenen Preisen erbracht.

Wie im Vorjahr haben wir uns auch in diesem Jahr wieder bemüht, auf vielen Gebieten neue Wege zu gehen. Der im Jahre 1959 mißglückte Versuch, Wohnbauvorhaben an Generalunternehmer zu vergeben, über den ich bei der letzten Budgetdebatte berichtet habe, wurde in diesem Jahr bei kleineren Krankenhausumbauten erneut ausprobiert und wir haben dabei gute Erfahrungen gemacht. Ich habe daher die Absicht, im nächsten Jahr abermals einen solchen Versuch zu starten.

Da die bisherigen Bestrebungen, eine Rationalisierung des Bauwesens allein auf dem technisch-konstruktiven Sektor zu erreichen, nur Teilerfolge und keine wesentliche Verbilligung und Bauzeitenverkürzung gebracht haben, haben wir nunmehr versucht, auch durch eine zweckentsprechende Bauvorbereitung diesem Ziele näherzukommen. Die Bauvorbereitung, für die im Rahmen der Stadtbauverwaltung ein eigenes Referat gegründet wurde, setzt nunmehr bereits bei der Auswahl des Baugrundes ein. Für sämtliche Bauprojekte werden vor deren Detailplanung Raumprogrammgespräche abgehalten. Es wird sodann in eigenen Besprechungen die Wirtschaftlichkeit der Projekte geprüft und die Ausschreibung der Bauwerke darf erst nach Abhaltung einer Projektsbesprechung erfolgen, in der auch die letzten technischen Details hinsichtlich ihrer Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft werden.

Ganz besondere Bedeutung kommt bei der Bauvorbereitung der Durchführung der Aufschließungsarbeiten zu. Die frühzeitige Aufschließung des Baugeländes bringt zahlreiche Vorteile mit sich. Im Jahre 1960 sind wir erstmals dazu übergegangen, diese frühzeitige Aufschließung der Bauplätze in die Tat umzusetzen.

Größte Schwierigkeiten für die Bauvorbereitung bedeuten nach wie vor die Grundfreimachungen. Im Jahre 1960 wurden bisher insgesamt 106 Freimachungsfälle mit einem Gesamtaufwand von fast 13 Millionen Schilling abgeschlossen. Das sind zusätzliche Belastungen, die wir auf die Dauer nicht so ohneweiteres hinnehmen sollten.

Ich habe bereits im Vorjahr auf die Mißstände, die im Zusammenhang mit der Bodenbeschaffung und der Grundfreimachung auftraten, hingewiesen und kann auch in diesem Jahr nur erneut die Forderung nach möglichst baldiger Verabschiedung eines Baulandbeschaffungs- und eines Assanierungsgesetzes erheben. Die vielen Assanierungsvorhaben verzögern sich um Jahre, weil keine gesetzlichen Handhaben vorhanden sind. Wenn man sieht, in welcher großzügiger Weise selbst das kapitalistische Amerika die Bodenprobleme in den Städten meistert, dann kann man nur mit einem gewissen Bedauern die Verhältnisse bei uns in Österreich betrachten und gleichzeitig hoffen, daß eines Tages doch die Vernunft über den Eigennutz und die Profitgier siegen wird.

Der Voranschlagsentwurf für das Jahr 1961 sieht für die Verwaltungsgruppe VI Ausgaben in der Höhe von 1.073,758.500 Schilling vor, denen Einnahmen in der Höhe von 133,915.000 Schilling gegenüberstehen. Der Ausgabenansatz für das Jahr 1961 ist gegenüber dem Ansatz für das Jahr 1960 um 65,539.100 Schilling gestiegen, das sind rund 6.5 Prozent. Der Ausgabenrekord des Jahres 1960 wurde damit abermals überboten, wobei allerdings nicht zu leugnen ist, daß ein Teil der erhöhten Ausgaben durch die inzwischen eingetretenen Preissteigerungen aufgesaugt werden wird. In diesem Zusammenhang darf ich vielleicht darauf verweisen, daß das Stadtbauamt auch im nächsten Jahr wieder Bauarbeiten für andere Verwaltungsgruppen durchführen wird. Die Kosten für diese Arbeiten sind auf die diversen anderen Rubriken des Voranschlages aufgeteilt.

Vizebürgermeister Slavik hat bereits darauf hingewiesen, daß für das Bau- und Baunebengewerbe im nächsten Jahr 1.959,119.000 Schilling zur Verfügung stehen werden. Das entspricht einer Steigerung um 200 Millionen Schilling oder 11.4 Prozent.

Bei unseren Planungsarbeiten bestehen vor allem darin gewisse Schwierigkeiten, daß das erst in Ausarbeitung befindliche städtebauliche Grundkonzept mit den ständig auftretenden Tagesfragen, die oft

Sofortlösungen verlangen, in Einklang zu bringen ist. Dadurch ergeben sich immer wieder heikle Probleme, die die Entscheidungen im Einzelfalle nicht leicht machen. Deshalb ist es besonders erfreulich, daß im Sommer 1961 nach Ablauf der ersten dreijährigen Planungsperiode des Stadtplaners dem Gemeinderat ein Entwurf für ein städtebauliches Generalkonzept für Wien vorgelegt werden wird. Die Genehmigung dieses städtebaulichen Konzeptes und seine Festlegung durch entsprechende Beschlüsse auf dem Gebiete des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes wird die weitere geordnete bauliche Entwicklung der Stadt und die zweckmäßigste Nutzung des vorhandenen Bodens entscheidend beeinflussen.

Die ebenfalls notwendige Novellierung der Wiener Bauordnung und eine den modernen Grundsätzen entsprechende Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes wird natürlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Das Stadtbauamt hat daher die zuständigen Dienststellen gebeten, Novellierungswünsche für die Bauordnung, die ohne größere Schwierigkeiten erfüllt werden können, so bald wie möglich durchzuführen.

Die Arbeiten am städtebaulichen Generalkonzept werden im engsten Einvernehmen mit der Gemeinderätlichen Planungskommission durchgeführt, die sich im abgelaufenen Jahr in sechs Sitzungen mit den Fragen der baulichen Gestaltung des Karlsplatzes, den Problemen der kleinen Detailmärkte, mit Fragen der Innenstadt und des Denkmalschutzes, mit der Lage der dritten Donaubrücke, mit der Bundesbahnplanung im Raum von Wien und mit Verkehrsproblemen beschäftigt hat. In einer besonders wichtigen Sitzung hat sich die Kommission eindeutig dafür ausgesprochen, daß die Stadt nicht dem Verkehr zu opfern sei, sondern sich der Verkehr der Stadt anzupassen habe.

Der im Vorjahr angekündigte Versuch, das Blutgassen-Viertel im Wege einer Aufbaugemeinschaft zu sanieren und diesem besonders gut gelegenen Stadtteil neues Leben einzuhauchen, scheint von Erfolg gekrönt zu sein. In den letzten Wochen haben, nachdem die Stadtverwaltung den größten Teil der für die Sanierung notwendigen Liegenschaften gekauft hat, Verhandlungen mit einigen Interessenten, vor allem Künstlern, stattgefunden und ich hoffe, daß ich sehr bald über einen positiven Abschluß dieser Verhandlungen berichten kann.

So sehr wir es begrüßen, daß Wien immer mehr eine Stadt der Gärten und der Blumen wird, dürfen wir bei der Durchführung unserer städtebaulichen Arbeiten nicht auf die Bedürfnisse der Wirtschaft vergessen. Um auch auf diesem Sektor das Motto "Mitsprechen - Mitdenken - Mitarbeiten" in die Tat umzusetzen, hat am 11. und 12. November eine gemeinsame Tagung der Kammer der gewerblichen Wirtschaft mit dem Wiener Stadtbauamt stattgefunden, bei der in Referaten und Diskussionen die einzelnen Probleme und Berührungspunkte zwischen Wirtschaft und Stadtplanung erörtert und besprochen wurden. Bei dieser Tagung ergab sich eine enge Verflechtung der Interessen der Stadtplanung mit den Interessen der gewerblichen Wirtschaft.

Auch im Jahre 1960 haben wir wieder einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung der Wohnungsnot geleistet. Allein auf dem Sektor des kommunalen sozialen Wohnungsbaues werden bis zum Jahresende mehr als 4.000 Wohnungen fertiggestellt sein. Damit haben wir nach dem zweiten Weltkrieg bis zum Ende des Jahres 1960 im Rahmen des kommunalen sozialen Wohnbauprogrammes mit dem Bau von 68.965 Wohnungen begonnen, 61.336 sind bereits fertiggestellt und 7.629 befinden sich im Bau. Wir haben unser kommunales Wohnbauprogramm jetzt auf die jährliche Fertigstellung von 4.500 Wohnungen eingestellt, sodaß wir in dieser Funktionsperiode des Gemeinderates rund 22.500 Wohnungen bauen werden. Für das Jahr 1961, in das wir mit einem Überhang von 7.629 Wohnungen eintreten, ist die Fertigstellung von 4.500 Wohnungen und der Baubeginn von rund 4.250 Wohnungen vorgesehen. Die im Vorjahr angekündigte Umstellung der Baubeginne des Wohnbauprogrammes wurde im Jahre 1960 eingeleitet, sie wird im nächsten Jahr fortgesetzt werden. Während wir bisher mit dem größten Teil der Wohnbauten erst im Herbst begonnen haben, wollen wir im kommenden Jahr bereits im Frühjahr den Bau von mehr als 2.000 Wohnungen in Angriff nehmen und gegen Ende des Jahres nur mehr wenige Wohnungen zu bauen beginnen. Von den Großbauvorhaben werden einige Zentralheizungen erhalten.

Die im Vorjahr begonnene, vor allem durch Anwendung der Querwandbauweise möglich gewordene, bessere Ausgestaltung der Fassaden, wollen wir auch im kommenden Jahr fortsetzen, wobei wir der Farbgebung der Fassaden unser besonderes Augenmerk zuwenden.

Für die Weiterführung der Bauarbeiten während der Wintermonate 1959/60 in den geschlossenen, überdachten und verglasten

Rohbauten wurden wie in den Vorjahren, intensive Vorkehrungen getroffen. Mehr als 100 Häuser mit 2.000 Wohnungen wurden mit Thermoblocs und Gaswarmluftgeräten geheizt. In den restlichen Häusern wurden Koksöfen und verschiedene andere Heizgeräte eingesetzt. Um auch an den im Herbst begonnenen Bauvorhaben die möglichst lückenlose Fortsetzung der Bauarbeiten am aufgehenden Rohbau während der Schlechtwetterperiode zu ermöglichen, wurden über neun Baustellen mit insgesamt 18 Wohnhäusern, Winterbauhallen errichtet. Durch diese intensiven Vorkehrungen konnten im Winter 1959/60 um elf Prozent mehr Arbeiter als im Sommer 1959 beschäftigt werden.

Auch bei den großen Verkehrsbauwerken wurde durch ähnliche Maßnahmen die Weiterarbeit während der Wintermonate ermöglicht.

Für die Wintermonate 1960/61 wurden wieder Vorkehrungen im ungefähr gleichen Umfange getroffen.

Die Ausstattung unserer Wohnungen ist anerkannt gut und auch die durchschnittliche Größe kann ruhigen Gewissens als lebensgerecht bezeichnet werden. 111 freischaffende Architekten und ein Mitarbeiter unserer eigenen Architekturabteilung waren im vergangenen Jahr mit der Planung unserer Wohnhausanlagen beschäftigt.

Neben dem kommunalen Wohnungsbau haben wir im Jahre 1960 mit Hilfe des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds einige kriegszerstörte Objekte mit insgesamt 62 Wohnungen wiederhergestellt. 419 Wohnungen sind noch in Bau.

Im Rahmen der Wohnbauförderung nach dem Bundesgesetz vom Jahre 1954 haben wir im vergangenen Jahr den Bau von insgesamt 871 Wohnungen, davon 375 Gemeindewohnungen, gefördert.

Im Rahmen der Neuen Wiener Wohnbauaktion haben wir bisher bereits den Bau von 5.378 Wohnungen mit einem Gesamtkrediterfordernis von 700 Millionen Schilling gefördert.

Auch auf den Bau der so beliebt gewordenen Heimstätten für alte Menschen wurde im vergangenen Jahre nicht vergessen. Wir arbeiten derzeit an 138 solcher Wohnungen.

Für bauliche Herstellungen im Rahmen des kommunalen sozialen Wohnhausbaues sind im Voranschlag 580 Millionen vorgesehen. Ein Teil dieses Betrages wird allerdings für Vorbereitungsarbeiten für die nächstjährigen Bauprogramme, vor allem für Grundfreimachungen, verwendet werden.

Eine Summe von 3,5 Millionen Schilling, die für Ersatzvorhaben im Zuge von Bauaufträgen ausgegeben werden sollen, ist ebenfalls im Budget vorgesehen. Wir glauben, daß durch das Inkrafttreten des Artikel II der Bauordnungsnovelle 1956, nach dem Stundungen von Bauaufträgen für kriegsbeschädigte Objekte nicht mehr gewährt werden dürfen, diese Ersatzvorhaben ein größeres Ausmaß annehmen werden.

In Anbetracht der offensichtlich immer komplizierter und umfangreicher werdenden Bauentwicklung hat sich endlich die Erkenntnis durchgesetzt, daß auch der angewandten Bauforschung gesteigertes Augenmerk und besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden muß. Wir haben deshalb im Einvernehmen mit anderen großen Bauträgern und interessierten Stellen in Österreich ein Österreichisches Institut für Bauforschung gegründet, in dem in Zukunft wirklich angewandte Bauforschung betrieben werden soll.

Es ist heute bereits allgemein anerkannt, daß eine immer mehr zunehmende Industrialisierung des Bauens, insbesondere auf dem Wohnbausektor, unerläßlich ist, weil die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt zu derartigen Maßnahmen geradezu zwingt. Unter Industrialisierung versteht man bekanntlich eine Umgestaltung des Bauens, bei der die handwerkliche Arbeit auf den Baustellen durch eine industrielle Fertigung abgelöst wird, die zum größten Teil in ortsfesten Produktionsstätten stattfindet. Eine Vollindustrialisierung auf dem Bausektor ist natürlich nicht von heute auf morgen möglich. Die Verwendung bestimmter vorgefertigter Einzelteile kann jedoch sehr viel dazu beitragen, das Bautempo zu beschleunigen und rationeller zu arbeiten. Solche Fertigteile werden bei den Wohnhausbauten der Gemeinde Wien schon seit Jahren mit bestem Erfolg verwendet.

Unser Bestreben ist, vollständig eingeglaste, beschlagene und gestrichene Fenster und Türen zu versetzen, die ohne die am Bau unvermeidlichen Beeinträchtigungen durch Wetter und Staub erzeugt werden und uns außerdem den Vorteil bringen würden, in unserem Terminplan nicht von so vielen einzelnen Professionistearbeiten abhängig zu sein.

Derzeit bauen wir versuchsweise in einer Spitalküche Fenster ein, die aus geschweißten Kunststoffprofilen mit einer Einlage aus

Stahlprofilen bestehen. Da diese Fenster keine Erhaltungsarbeit benötigen, scheint uns der Versuch mit Kunststoff, von dem auf dem Gebiet des Bauwesens noch viel zu erhoffen ist, aussichtsreich.

Selbstverständlich können alle diese Neuerungen vorerst nur in kleinem Maßstab versucht werden, denn wir wollen uns nicht der Gefahr aussetzen, bei Mißlingen eines großen Versuches, Steuergelder zu vergeuden.

Das Ziel der Industrialisierung auf dem Wohnbausektor ist allerdings die Fertigbauweise, bei der sämtliche Elemente fabrikmäßig hergestellt werden und bei der beim Zusammenfügen auf der Baustelle nur mehr ein geringer Arbeitsaufwand erforderlich ist. Das Problem der Fertigbauten beschäftigt die Fachleute des Wiener Magistrats schon sehr lange. Nach einer Reihe von Studienreisen in das Ausland und nach eingehender Prüfung der verschiedenen Systeme wurde uns von den Fachleuten die vielfach bewährte Bauweise Camus, nach der bereits rund 25.000 Wohnungen erbaut wurden, empfohlen.

Der Gemeinderat hat einstimmig die Errichtung einer Studiengesellschaft zur Vorberitung des Fertigbaues beschlossen. An dieser Studiengesellschaft ist die Stadt Wien mit 51 Prozent, die Firma Camus-Dietsch mit 26 Prozent und das österreichische Maba-Unternehmen mit 23 Prozent beteiligt. Wir haben die Absicht, in Wien innerhalb von fünf Jahren 5.000 Wohnungen nach der Camus-Bauweise zu errichten. Aus diesem Grunde haben wir uns auch bereit erklärt, in Zusammenarbeit mit den genannten Firmen, die Errichtung eines Werkes zur Herstellung von Fertigbauteilen zu prüfen. Diese Fabrik ist für eine Jahreskapazität von 1.000 Wohnungen projektiert, wobei berücksichtigt wurde, daß diese Kapazität auch ausgeweitet werden kann. Die hiefür erforderlichen Vorarbeiten sind bereits sehr weit gediehen.

Der Standort für die Fabrik ist bereits ausgewählt; er befindet sich im 22. Bezirk auf den Spitaläckern. Das Projekt für die Fabrik ist bereits ausgearbeitet; derzeit stehen die umfang-

reichen Berechnungen zur Ermittlung der Kosten für den Quadratmeter Wohn- und Nutzfläche knapp vor dem Abschluß. Es ist zu erwarten, daß das Ergebnis der Vorarbeiten noch vor dem gestellten Termin, das ist der 1. März 1961, bereits in Kürze vorgelegt werden kann.

Obwohl vom Standpunkt des Bauressorts an der Erhaltung der alten, aus der Gründerzeit stammenden, den heutigen Anforderungen keinesfalls mehr entsprechenden Wohnhäusern, kein besonderes Interesse besteht, ist eine zeitlich begrenzte Erhaltung des Althausbestandes im Hinblick auf die noch immer vorhandene Wohnungsnot leider erforderlich. Es wird der Meinung Ausdruck verliehen, daß diese Erhaltung nicht durch eine allgemeine Mietzinserhöhung, sondern am zweckmäßigsten durch die baldige Schaffung eines Reparaturausgleichsfonds bewerkstelligt werden könnte. Wie notwendig die Bildung einer solchen allgemeinen Riskengemeinschaft erforderlich wäre, zeigt das Steigen der technischen Gutachten, die wir in diesem Jahre für Schlichtungsstellen und Gerichte durchzuführen hatten. Bei der Magistratsabteilung 25 sind 4.260 Anträge mit einer geforderten Kostensumme von rund 519 Millionen Schilling eingelangt. Davon konnten 4.130 Anträge mit einer berichtigten Kostensumme von 421 Millionen Schilling den anfordernden Dienststellen zurückgemittelt werden. Die genaue Kontrolle der vorgelegten Anträge hat im Jahre 1960 den Mietern einen Betrag von rund 80 Millionen Schilling eingespart.

Hinsichtlich des Neubaus des Allgemeinen Krankenhauses konnte im Jahre 1960 ein entscheidender Fortschritt erzielt werden. Der ausgeschriebene Architektenwettbewerb endet im April 1961, sodaß damit gerechnet werden kann, daß die Reihung der Wettbewerbsentwürfe gegen Mitte des kommenden Jahres vorliegen wird.

Inzwischen ist ein langjähriger Wunsch der medizinischen Fakultät erfüllt worden, der Bund und die Stadt Wien haben sich geeinigt, eine umfangreiche Modernisierung der II. Chirurgischen und der I. Frauenklinik mit einem Kostenaufwand von 65 Millionen Schilling durchzuführen. Außer diesem großen Bauprojekt ist das Stadtbauamt im nächsten Jahr mit der Fertigstellung des Rochusspitals, mit der Erweiterung des Wilhelminenspitals und mit der Errichtung von zwei Reservestationen im Franz Josefs-Spital und im Krankenhaus Lainz beschäftigt.

Im November dieses Jahres haben wir mit der Generalinstandsetzung und dem Umbau des Theaters an der Wien begonnen. Der Umbau des Zentraldepots des Archivs der Stadt Wien in der Kandlgasse ist abgeschlossen, ebenso der Bau des Pädagogischen Instituts. Der Umbau der Wiener Uranie wird im nächsten Jahr fortgesetzt werden und wahrscheinlich wird mit der Generalinstandsetzung des Kursalons im Stadtpark begonnen werden können.

Für Bauarbeiten im Schloß Laxenburg wurden heuer zwei Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag wurde aber im Hinblick auf die mit dem Land Niederösterreich laufenden Verhandlungen nicht verwendet. Es wurden nur einige unwesentliche Erhaltungsarbeiten am Gebäude und in den Gartenanlagen durchgeführt. Mit dem Bau des internationalen Studentenhauses in der Gymnasiumstraße wird in Kürze begonnen werden, die Abbrucharbeiten sind bereits im Gange. Der Stadionausbau ist abgeschlossen. Der Bau der zwölfklassigen Sonderschule in der Franklinstraße im 21. Bezirk ist sehr weit gediehen, mit dem Bau einer zwanzigklassigen Schule in Mauer haben wir im Oktober dieses Jahres begonnen. Die Planungsarbeiten für die projektierte Schule in der Grundsteingasse in Ottakring und in der Siemensstraße in Floridsdorf sind ebenfalls fertig. Die Berufsschule für Fleischer in St. Marx und die Berufsschule für Friseure im 15. Bezirk sind im Bau.

Für das geplante dritte Berufsschulgebäude in Meidling hat sich die Stadtverwaltung zu einem Wettbewerb entschlossen. Von 39 Teilnehmern wurden insgesamt 41 Arbeiten eingereicht: Die Preise sind verteilt, und wir wollen nunmehr möglichst rasch zu einem Ausführungsprojekt kommen, damit wir ungefähr um die Mitte des nächsten Jahres mit dem Bau selbst beginnen können.

In diesem Jahr wurden auch eine Reihe von Kindergärten fertiggestellt, andere wurden zu bauen begonnen. Ende August dieses Jahres haben wir mit dem Bau des Ausflugsrestaurants auf der Bellevuehöhe in Döbling begonnen. Der Bau der Lehrwerkstätte für "Jugend am Werk" in der Lorenz Müller-Gasse steht vor der Fertigstellung. Bis zum Mai des nächsten Jahres soll der Umbau des Strandbades "Alte Donau" fertig sein. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß auch beim Bau des neuen Flughafens Wien in Schwechat das Wiener Stadtbauamt maßgebend beteiligt war.

Im Jahre 1961 werden wieder Instandsetzungs- und Verbesserungsarbeiten an Märkten, Schlachthäusern, Schulen, Kindergärten, Spitätern und Amtsgebäuden durchgeführt. Bei diesen Instandsetzungs- und Erhaltungsarbeiten haben auch unsere Installations- und Heizungsabteilungen große Aufgaben zu erfüllen. Die Installationsabteilung hat für Gas-, Wasser- und Elektroinstallationen im abgelaufenen Jahr einen Betrag von rund 185 Millionen Schilling ausgegeben. Die Heizungsabteilung hat für den Neubau und die Erhaltung der Wärme-, Kälte- und maschinentechnischen Einrichtungen in städtischen Objekten Arbeiten mit einem Kostenaufwand von 65,5 Millionen Schilling durchgeführt. An fast 200 Baustellen werden derzeit in Wien neue Heizungs- und Lüftungsanlagen errichtet. In rund 1.000 städtischen Objekten werden maschine-, wärme- und kältetechnische Einrichtungen betrieben und instandgehalten.

Neben den Problemen des Wohnungsbaues bereitet die immer stärker werdende Motorisierung der Stadtverwaltung große Schwierigkeiten. Dem ungeheuer angewachsenen Individualverkehr steht ein Straßennetz zur Verfügung, das weitgehend auf die ganz anderen Verkehrsverhältnisse des vorigen Jahrhunderts zugeschnitten ist. Die Verkehrsflächen sind daher vielfach zu eng, sie weisen einen ungünstigen Querschnitt auf und entsprechen nicht mehr den heutigen Erfordernissen. Es wirft sich die Frage auf, ob wir bei der Lösung der Verkehrsprobleme die Stadt dem Verkehr oder den Verkehr der

Stadt anpassen sollen. Inzwischen hat sich die Gemeinderätliche Planungskommission eindeutig zur zweiten Lösung bekannt.

Im vergangenen Jahr konnten die ersten Arbeiten am Generalverkehrsplan in Angriff genommen werden. In mehr als hundert Tafeln und einem ausführlichen schriftlichen Bericht wurden bisher die Probleme des Individualverkehrs behandelt. Die Gemeinderätliche Planungskommission war der richtigen Ansicht, daß die Diskussion über einen Generalverkehrsplan erst dann abgewickelt werden kann, bis dieser Plan zur Gänze vorliegt, wobei auch hier wieder jenem Teil des Planes, der sich mit den Massenverkehrsmitteln beschäftigt, der Vorzug zu geben sein wird. Der Generalverkehrsplan ist ein integrierender Bestandteil des städtebaulichen Gesamtkonzeptes, den man überhaupt nicht getrennt von diesem Gesamtkonzept behandeln kann.

Unabhängig davon, konnten im abgelaufenen Jahr neben einer Reihe von Planungen für neuralgische Verkehrsknotenpunkte auch die technischen Fragen der Autobahneinführung im Süden und Westen der Stadt durch die Ausarbeitung von generellen Projekten geklärt werden. Derzeit wird auch an einem generellen Projekt für eine autobahnmäßige Anbindung des Flughafens Schwechat an die Stadt gearbeitet. In diesem Zusammenhang ist an einen Straßenzug vom Flughafen entlang des Donaukanals bis in die Richtung von Klosterneuburg gedacht.

Für die Südautobahn liegt ein Planungsauftrag von der Stadtgrenze bis zum Kreuzungspunkt Favoritenstraße - Grenzackergasse durch das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau vor. An der Westautobahn, von der Stadtgrenze bis zum Auhof, wird bereits gearbeitet, das heißt, derzeit wird an der Verlegung der Tiergartenmauer gearbeitet; die Bauarbeiten an der Autobahn selbst werden im Frühjahr begonnen werden.

Bedauerlicherweise ist noch immer keine Entscheidung über die Finanzierung der Autobahnstrecken im engeren Wiener Stadtgebiet gefallen. Die Verhandlungen darüber werden im Jänner 1961 aufgenommen werden. Hier darf ich vielleicht wieder einmal die schon so oft geforderte Gleichstellung des Landes Wien mit allen übrigen Bundesländern auf dem Sektor des Bundesstraßenbaues fordern.

Es ergibt sich derzeit die rechtlich groteske und unhaltbare Situation, daß alle nach Wien führenden und für den österreichischen Durchzugsverkehr bedeutenden Bundesstraßen gerade im Bereiche des stärksten Verkehrs am Stadtrand von Wien ihre Bedeutung nach dem Bundesstraßengesetz plötzlich verlieren und in unwichtige Gemeinde- und Landstraßen übergehen. Diese Durchzugsstraßen durch ihre Unterbrechung im Wiener Stadtbereich rechtlich zu Sackstraßen zu machen, die am Stadtrand enden, ist nicht mehr weiter vertretbar. Bezeichnenderweise ist die Forderung des Herrn Bürgermeisters vom 1. Februar 1960 bis heute nicht erfüllt, es ist noch nicht einmal eine Beantwortung seines Briefes erfolgt.

Unabhängig davon hat die Gemeinde Wien bereits alle Voraussetzungen für den ehesten Baubeginn der Autobahnteilstrecken in Wien selbst geschaffen. Das generelle Projekt für die Führung der Autobahn von der Stadtgrenze im Westen bis zum Gürtel ist fertiggestellt. Die Autobahn wird grundsätzlich über dem Wienfluß geführt. Im Raume Auhof-Hütteldorf ist die Abzweigung zu dem Autobahnzubringer über den Flötzersteig vorgesehen. Die Schaffung eines Nahverkehrszentrums bei der Hietzinger Brücke unter günstigster Zusammenfassung aller Massenverkehrsmittel - Stadtbahn, Straßenbahn und Autobus - nimmt bereits Rücksicht auf die vorgeschlagene Führung der Autobahn. Unter Bedachtnahme auf das Stadtbild bei Schönbrunn soll im Bereich zwischen Hietzinger Brücke und Schönbrunner Brücke die Hochwasserabfuhr aus dem Wienbett in einen Umfluter am linken Ufer der Wien abgeleitet werden, sodaß die vertiefte Führung der Autobahn unter den bestehenden Brücken im Bereich von Schönbrunn möglich wird.

Bezüglich der Führung der Südautobahn bis zur Favoritenstraße, deren generelle Planung ebenfalls bereits abgeschlossen ist, besteht grundsätzliche Einigung zwischen dem Bund und der Gemeinde Wien. Der Festlegung weiterer notwendiger Autobahntrassen in und um das Stadtgebiet von Wien kann nur dann zugestimmt werden, wenn hiebei die Verkehrsbedürfnisse der Bundeshauptstadt voll berücksichtigt werden.

Im Zusammenhang mit der Absicht, die städtebaulichen Hoffungsgebiete links der Donau verkehrsmäßig besser an die Stadt anzuschließen, wird es notwendig sein, in den nächsten Jahren jene

Verkehrsverbindungen zu schaffen, die die beabsichtigte Entwicklung dieser Gebiete fördern.

Die Bedeutung des Straßenbaues und der Verkehrsbauten findet auch in diesem Jahr wieder im Voranschlag ihren Niederschlag. 185,260.000 Schilling werden für die Bewältigung der Straßenbauaufgaben ausgegeben werden. Der Betrag für die Erhaltung der baulichen Anlagen wurde von 36 auf 37 Millionen Schilling erhöht. An Großbauvorhaben ist vor allem der weitere Ausbau des Gürtels, und zwar des Währinger Gürtels, des Döblinger Gürtels und der Heiligenstädter Straße, von der Michaelerstraße bis zum Liechtenwerder Platz, geplant.

Nach langwierigen Verhandlungen kann in Kürze auch mit der Arkadierung der Stiftskirche und damit mit der Beseitigung einer sehr kritischen Verkehrsenge begonnen werden.

Eine Reihe weiterer Straßenbauarbeiten, vor allem der Umbau der Brücke über die Südbahn in Liesing, der Ausbau des Handelskais, der Umbau der Gunoldstraße in Döbling und anderer Straßenzüge, wird entscheidende Verkehrsverbesserungen bringen.

2,5 Millionen Schilling wollen wir für Oberflächenbehandlungen auf Makadamfahrbahnen und Gehwegen ausgeben, 6 Millionen Schilling für Teppichbeläge auf Fahrbahnen und 2 Millionen Schilling für Teppichbeläge auf Gehsteigen. Für die Auswechslung von Holzstöckelpflaster ist ein Betrag von 3,9 Millionen Schilling vorgesehen. Obwohl wir im vergangenen Jahr rund 10.000 Quadratmeter altes, schadhaftes Holzstöckelpflaster ausgewechselt haben, sind in Wien noch immer 82.000 Quadratmeter mit Holzstöckel gepflasterte Straßen vorhanden, die wir zur Erhöhung der Verkehrssicherheit so rasch als möglich umbauen müssen.

Mit der Planung eines Promenadenweges auf den Bisamberg wollen wir ebenfalls im Jahre 1961 beginnen.

Im abgelaufenen Berichtsjahr hat die Straßenbauabteilung neben den vielen Neubauten fast 2 Millionen Quadratmeter Fahrbahnen und 370.000 Quadratmeter Gehsteige instandgesetzt und verbreitert, sowie 435.000 Quadratmeter Verkehrsflächen einer Oberflächenbehandlung unterzogen. 130.000 Quadratmeter Fahrbahndecken und 95.000 Quadratmeter Gehwege haben neue Teppichbeläge erhalten und 220.000 Quadratmeter Siedlungsstraßen konnten instandgesetzt werden.

Die Tiefbauarbeiten des Jahres 1960 standen im Zeichen des großen Verkehrsbauwerkes am Schottentor und der Errichtung der beiden Fußgängerpassagen Bellaria und Babenbergerstraße.

Unsere Bemühungen, die private Initiative zur Errichtung von Parkgaragen zu bewegen, waren von Erfolg begleitet. Unter dem Votivpark entsteht eine Tiefgarage für 600 Kraftfahrzeuge, Am Hof wird in Kürze mit dem Bau einer Tiefgarage für rund 500 Kraftfahrzeuge begonnen werden.

Ein entscheidendes Problem bildet für uns nach wie vor die Verbesserung der vielen schienengleichen Kreuzungen zwischen Eisenbahn und Straße. Auf diesem Sektor konnten in Zusammenarbeit mit den Österreichischen Bundesbahnen, wenn auch unter sehr großen finanziellen Opfern der Stadtverwaltung, entscheidende Verbesserungen erreicht werden. Ein Mehrjahresprogramm zur Umgestaltung von wichtigen schienengleichen Kreuzungen wurde gemeinsam erarbeitet. Die wichtigen Kreuzungen an der Altmannsdorfer Straße und Hetzendorfer Straße mit der Verbindungsbahn sind bereits saniert und die Ersetzung der in ihrer Unzulänglichkeit mit Recht gefürchteten Überführung der Prager Straße über die Nordwestbahn durch ein verbessertes Kreuzungsbauwerk in Angriff genommen.

In Wien ist derzeit eine wahre Brückenbauepidemie ausgebrochen. Noch nie in der Geschichte unserer Stadt wurde zu gleicher Zeit an drei Donaukanalbrücken gebaut, wie das derzeit der Fall ist. Alle drei Brücken, und zwar die Heiligenstädter Brücke, die Stadionbrücke und die Salztorbrücke, sollen im nächsten Jahr fertiggestellt werden. Auch die Brücke über das Eisenbahnerbergl in Floridsdorf wird im nächsten Jahr ihrer Bestimmung übergeben werden können. Für den Brücken- und Wasserbau steht im Jahr 1961 ein Betrag von 111,563.100 Schilling zur Verfügung. Auch an eine zügige Weiterführung der Schutzwasserbauten ist gedacht.

Für unsere Gärten werden im kommenden Jahr 75,138.900 Schilling ausgegeben werden. Im Jahre 1960 wurden 48 neue Gartenanlagen errichtet und sechs öffentliche Gartenanlagen umgestaltet und verbessert. Derzeit verwaltet das Stadtgartenamt rund 13,5 Millionen Quadratmeter Garten- und Grünflächen. Der jährliche Zuwachs an Grünflächen beträgt rund 1/2 Million , Quadratmeter. Im kommenden Jahr wird eine große Anzahl neuer Grünanlagen geschaffen werden. Die gärtnerische Ausgestaltung des Handelskais konnte endlich doch in Angriff genommen werden. Mit unserem ständigen Drängen haben wir auch die Wiederaufnahme der Abbrucharbeiten am Prater-

stern erreicht, sodaß wir im nächsten Jahr auch die endgültige gärtnerische Ausgestaltung des Pratersterns durchführen können. Weitere Gartenbauarbeiten sind an der oberen und unteren Alten Donau und in fast allen übrigen Bezirken vorgesehen. Im Jahre 1960 konnten wir zum zehnten Male die Aktion "Wien im Blumenschmuck" mit großem Erfolg durchführen. Wir werden sie selbstverständlich im Jahre 1961 fortsetzen.

Leider werden die Bemühungen des Stadtgartenamtes um eine Verschönerung unserer Stadt nicht von allen gefördert und unterstützt. Für mutwillige Zerstörungen, die nicht immer von Jugendlichen herbeigeführt werden, muß ein großer Teil der Beträge, die für die Erhaltung unserer Grünanlagen bestimmt sind, verwendet werden. Ich rufe daher von dieser Stelle erneut die gesamte Wiener Bevölkerung auf, unsere Gartenanlagen in ihren Schutz zu nehmen und der sinnlosen Zerstörung dieser Anlagen, wo das nur irgendwie möglich ist, entgegenzutreten.

Ich möchte es nicht versäumen, am Schlusse meiner Ausführungen auch noch aller wissenschaftlichen Institute und Experten zu gedenken, die unsere Arbeiten entscheidend unterstützen. Die verschiedenen Institute der Technischen Hochschule, der Universität und der Hochschule für Bodenkultur, das ausgezeichnete Institut für Raumplanung sowie eine große Anzahl von Ingenieurkonsulenten, Biologen, Soziologen, Statistikern usw., arbeiten ständig für die Stadt, und ich möchte nicht versäumen, auch ihnen allen herzlichst Dank zu sagen.

Ich bin der festen Überzeugung, daß eine so gewaltige Aufgabe, wie die systematische bauliche Erneuerung unserer Stadt nur in einer gemeinsamen Anstrengung der gesamten Bevölkerung gelöst werden kann. Ich halte daher das Mitdenken, Mitsprechen und Mitarbeiten nicht für eine leere Phrase, denn ich glaube, daß sich die Bautätigkeit in Wien nicht als Behördentätigkeit, weitab von den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung, vollziehen soll, sondern in engster Fühlungnahme mit allen, für die schließlich diese Stadt gebaut wird.

Wir werden uns selbstverständlich auch in Zukunft bemühen, unser geliebtes Wien schöner und besser zu machen. Als oberstes Gebot schwebt uns dabei die Erfüllung der Funktionen der Stadt im menschlichen Maßstab vor. Diesem Ziel gilt unser aller Arbeit. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Die Debatte über Bauangelegenheiten

GR. Hausner (KLS) befaßt sich kritisch mit der Bautätigkeit der Stadt und erklärt, daß das Bauprogramm 1960 nicht erfüllt worden sei und dem Wohnungsamt keine 4.000 Wohnungen übergeben werden konnten. Das ist für tausend oder mehr Familien eine tragische Situation. Wir haben heute über 36.000 Vormerkungen und mehr als 11.000 Notstandsfälle. Wenn nicht versucht wird, den Wohnungsbau zu verstärken, dann muß damit gerechnet werden, daß diese Situation eine Dauererscheinung wird. Wir verstehen schon, daß unter dem privatkapitalistischen System auch im Wohnungsbau größere Schwierigkeiten entstehen. Aber wenn wir in der Periode der Hochkonjunktur nicht in der Lage sind, mehr Wohnungen zu bauen, dann fürchte ich, werden wir in der Periode der Krise noch weniger dazukommen, diese wirkliche Krankheit unserer Stadt zu lösen. Endlich wird nun an die industrielle Bauweise herangegangen. Aber Wien hat in Wohnungsbau so große Erfahrungen, daß es unverständlich ist, warum dazu der Stadtrat eine Studienreise nach Amerika unternahm. Wir haben genug Firmen, die Holzhäuser nicht erst jetzt bauen, sondern seit Jahrzehnten, und sie sogar exportieren. Diese Bauweise wird von Erfolg begleitet sein, wenn man dabei nicht wieder das Privatkapital einschaltet. Das einzig richtige wäre, diese Fabrikation in der Hand des Bauherrn zu lassen.

Besonders verbreitet sei die Plattenbauweise in der Tschechoslowakei. Bis 1970 sollen in diesem Land 1,2 Millionen Wohnungen errichtet und damit die Wohnungsnot beseitigt werden. Dieses große Bauprogramm kann nur unter Zuhilfenahme der Fertigteilbauweise erfüllt werden. Die Gemeinde Wien sei auf diesem Gebiet weit zurück. Sie müsse alles unternehmen, um hier Anschluß zu finden. Unsere Architekten werden sicher in der Lage sein, dieser neuen Bauweise den erwarteten Effekt abzurufen. Die Fertigteilbauweise wirkt sich auch finanziell sehr günstig aus. Neue Baumethoden und neue Baumaterialien verlangen aber auch eine Änderung der bestehenden Bauordnung. Der Redner verweist sodann darauf, daß private Baugesellschaften und Baugenossenschaften Wohnungen errichten, die den heutigen Verhältnissen nicht entsprechen. Die Fenster der Parterrewohnungen sind oft nicht einmal einen Meter über dem Straßenniveau;

es gibt Lichthöfe und viel zu kleine Wohnräume. Auch Vorschriften bezüglich die Errichtung von Liften und des Schallschutzes müßten in der neuen Bauordnung verankert sein, ebenso Sicherheitsvorschriften über neue Baumethoden und neue Baustoffe.

Zu einer großen Gefahr für den städtischen Wohnhausbau und auch für die Genossenschaftsbauten ist die Bodenspekulation geworden. Viele Bauvorhaben können dadurch nicht im nötigen Ausmaß erfüllt werden. Leider mache man von der Möglichkeit der Enteignung von Gründen im öffentlichen Interesse keinen Gebrauch. Der Redner fordert ein modernes Bodenbeschaffungsgesetz, damit man endlich aus den Schwierigkeiten auf diesem Sektor herauskommt. Bei der Stadtplanung müßte auch darauf Bedacht genommen werden, Wohnhäuser nicht in Gebiete mit großem Lärm zu stellen. Augenblicklich entstehen Wohnblocks, durch die sogar die Straßenbahn geführt wird, oder die direkt neben einem Verschubbahnhof liegen. Auch in St. Marx wurde eine Wohnhausanlage ganz nahe dem Schlachthof errichtet. Die Bevölkerung klagt dort über starke Geruchsbelästigung.

Große Anforderungen an die Stadtverwaltung stellt der zunehmende Verkehr. Der Stadt Wien erwachsen hier Kosten, die von ihr allein nicht getragen werden können. Der Bund müßte dazu erhalten werden, seine Verpflichtungen gegenüber Wien zu erkennen und auf dem Verkehrssektor helfend einzugreifen. Von den 1.4 Milliarden Einnahmen aus der Mineralölsteuer wurden rund 800 Millionen von Wien aufgebracht. Der Bund hat aus diesen Mitteln aber nur eine Million für den Wiener Straßenbau zur Verfügung gestellt. Zur Lösung des Verkehrsproblems müßten nicht nur Fußgängerunterführungen, sondern auch kreuzungsfreie Straßen geschaffen werden.

GR. Hausner stellt einen Beschlußantrag, der den Umbau der Philadelphiabrücke und der Lobkowitzbrücke verlangt. Auch den Verkehrsverhältnissen der Randbezirke müßte größeres Augenmerk zugewendet werden. In diesen Bezirken gibt es noch viele Straßenzüge, die über keinen Gehsteig verfügen. Die Errichtung solcher Fußgängerwege wäre aber dringend notwendig. Die Straßen in den Baurechtssiedlungen müßten von der Gemeinde Wien instandgesetzt und erhalten werden.

./.

Der Redner richtet sodann die Frage an Stadtrat Heller, welche Planung für das Gebiet der Donau besteht. Es soll die Absicht bestehen, eine zweite Flußrinne im Inundationsgebiet zu schaffen, um einerseits die Hochwassergefahr zu bannen und andererseits Bauland zu gewinnen. Er ersucht hier um Bekanntgabe der beabsichtigten Maßnahmen und um Mitteilung, wo die vierte Donaubrücke geplant ist.

GR. Hausner spricht dann dem Wiener Stadtgartenamt für seine hervorragenden Leistungen, die zur Verschönerung des Stadtbildes beitragen, seine Anerkennung aus. Er fügt dem den Wunsch hinzu, man möge den städtischen Gärtnern noch mehr Gelegenheit bieten, ihre Kunst zu zeigen. Er begrüßt auch die Erweiterung des Erholungsgebietes an der Alten Donau. Abschließend erklärt er, daß seine Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe VI zustimmen wird.

Als nächster Redner spricht GR. Nesset (FPÖ) und beschäftigt sich zunächst mit dem sozialen Wohnungsbau und der Stadtplanung. Seiner Meinung nach müßten es drei Dinge sein, die die Arbeit einer Stadtplanung bestimmen: Die Wohnung, der Standort des Arbeitsplatzes und der Ort der Freizeitgestaltung. Aus dem heraus müßte sich eine vernünftige Stadtplanung entwickeln. Der Redner beschäftigt sich dann mit dem eng verbauten Gebiet innerhalb des Gürtels und gibt dem Wunsche Ausdruck, man möge den Forderungen der Bezirksvertretungen 6, 7, und 8, nachkommen und Flächen für Grünanlagen schaffen. Im Zusammenhang richtet er an Stadtrat Heller die Frage, wieweit die Planung im Liechtenthal gediehen ist und erinnert an die Proteste, die gegen die Verlegung der Markthalle in unmittelbare Nähe der Schubertkirche erhoben wurden. Der Redner beschäftigt sich dann ausführlich mit der Situation in der Siedlung Biberhaufen im 22. Bezirk und appelliert an den Gemeinderat, den dortigen Siedlern bei der Beseitigung ihrer Schwierigkeiten behilflich zu sein. In einem Beschlußantrag fordert er die Beistellung von technischen und finanziellen Mitteln für den Ausbau der Verkehrswege des Biberhaufengebietes.

Er verlangt weiter Auskunft über die Verwendung der 38 Millionen Schilling, die der Gebäudeerhaltung für bauliche Instandsetzungsarbeiten bereitgestellt wurden. Er erinnert daran, daß im vergangenen Sommer der Bezirksvorsteher des 15. Bezirkes

über die Abtragung von alten gemeindeeigenen Objekten mit 144 Wohnungen berichtet hat und fragt, wann den betroffenen Mietern des 15. Bezirkes von der Stadtverwaltung neue Wohnungen zugewiesen werden.

Der Redner beschäftigt sich dann mit Wohnungsfragen und legt ein vorbehaltloses Bekenntnis seiner Fraktion zum sozialen Wohnungsbau ab. Er glaubt aber, daß die Mieter aus eigenem mehr zur Lösung der Wohnungsfrage leisten müßten, vor allem der Jugend sollte es klar werden, daß die Wohnung vor dem Motorfahrzeug kommt. Die von der Gemeinde Wien veranstalteten Ausstellungen und Führungen, die dieser erzieherischen Aufgabe sehr entgegenkommen, bezeichnete er als gute Ansätze für die kommende Zeit.

Der Redner kritisiert den seiner Ansicht nach zu hohen Zins in den besser ausgestatteten Gemeindewohnungen. Aufgabe des sozialen Wohnungsbaues sollte es ein, billige Wohnungen in großen Mengen herzustellen.

Der Forderung nach einem Bodenbeschaffungsgesetz stimme er zu, es dürfe jedoch nicht geschehen, daß im Falle einer Enteignung die Verwaltungsbehörde selbst über ihren eigenen Antrag zu entscheiden hat.

Bei der Besprechung von Verkehrsproblemen verlangt der Redner die Einbeziehung der Vorortelinie in das Stadtbahnnetz. Er meint auch, daß sich die projektierte Probestrecke für die Alwegbahn dort befinden sollte, wo eine neue Verkehrsverbindung notwendig ist.

Im übrigen gab GR. Neeset im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen der Geschäftsgruppe VI.

GR. Ing. Hauschka (ÖVP) beschäftigt sich zunächst mit dem Wohnungsbau. Er begrüßt, daß die Gemeinde Wien die Baulückenverbauung aufgegeben habe, um sich größeren baulichen Aufschlüssen zuzuwenden. Der Redner spricht sich jedoch gegen die Errichtung von Hochhäusern aus und verlangt auch eine stärkere Berücksichtigung familiengerechter Wohnungen. Die Wohnung soll kein Nachtquartier sein, sondern ein Heim, in dem sich eine Familie entwickeln und wohlfühlen kann. Man sollte auch mehr an den Einbau von Zentralheizungen denken.

Im Zusammenhang mit dem Wohnungsbau verlangt der Redner auch eine stärkere Berücksichtigung der kleinen Gewerbebetriebe bei der Vergebung von Lokalen in Gemeindebauten. Man sollte nicht immer die Konsumvereine bevorzugen. (Widerspruch bei der SPÖ).

GR. Ing. Hauschka begrüßt die Rationalisierungsmaßnahmen im Bauwesen, die das Wiener Stadtbauamt durchgeführt hat. Die Ausführungen des Referenten über angebliche Kartelle im Baugewerbe weist er jedoch zurück.

Sehr erfreut sei er über die bevorstehende Lösung für das Blutgassenviertel, leider aber habe man über die Häuser in der Sterngasse nichts erfahren. Ferner urgiert GR. Ing. Hauschka die Planung der zweiten Verkehrsebene.

Er stellt die Frage an StR. Heller, ob die Errichtung einer Tochterstadt nicht einer näheren Betrachtung wert wäre. Er denke dabei an eine Stadt mit ungefähr 60.000 Einwohnern in einer Entfernung von 15 bis 20 Kilometern von Wien. Hier hätte der Stadtplaner Gelegenheit, ohne jede Beschränkung eine ganz moderne Stadt anzulegen. Anerkennende Worte findet der Redner für das Stadtgartenamt.

Abschließend erklärt GR. Ing. Hauschka, Wien lasse heute einen beachtlichen Fortschritt in seinem Stadtbild erkennen. Unsere Stadt habe bereits ein neues Antlitz bekommen. Dies sei ein Beweis des Fleißes und des Könnens der Wiener Bevölkerung und seiner Stadtverwaltung. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) In diesem Sinne gebe er die Zustimmung seiner Fraktion zu den Ansätzen der Geschäftsgruppe VI.

./.

Aber gewohnte, gesundheitswidrige Gebiete und Stadtteile müssen unbedingt assaniert werden. Die Wirtschaft sprengt den Rahmen dieser Stadt. Das war schon so, als die Stadtmauern geschliffen worden sind. Seit dem ersten Weltkrieg sind 25 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes erneuert worden. Die Wohnhausanlagen und Wohnungen sind schöner geworden, größer und besser ausgestattet. Neue Stadtteile wurden errichtet. Aber immer noch wohnen im 2. und 20. Bezirk bis zu 1.000 Einwohner pro Hektar, im zehnten Bezirk bis zu 800, im 15., 16., und 17. Bezirk bis zu 600 Einwohner pro Hektar. Unser Bestreben ist es, eine Dichte von 400 Einwohnern pro Hektar zu erreichen. Darum hat die Stadt das Bestreben, die Wohnbautätigkeit noch zu verstärken. Dabei ist es gleichgültig, nach welcher Baumethode die Wohnungen errichtet werden. Wichtig ist nur, daß tausende Familien ihren sehnsuchtsvollen Wunsch nach einer schöneren, besseren und größeren Wohnung in Erfüllung gehen sehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Mensch gestaltet die Stadt, das Haus und die Wohnung gestalten den Menschen. Der Wiener hat seinen unbedingten Willen zur Wohnkultur bewiesen. Es muß den Idealisten gedankt werden, die vor zehn Jahren die Ausstellung "Die Frau und ihre Wohnung" gegründet haben. Es ist ein Verdienst der Stadtverwaltung und des Gewerkschaftsbundes, daß sie auch dem kleinen Mann durch die Soziale Möbelaktion (SW) die Möglichkeit gegeben haben, sich schön, modern und zweckmäßig einzurichten.

Die Baukapazität ist ausgeschöpft. Es werden große Anforderungen an die Bauwirtschaft gestellt, es wird auch immer die Forderung erhoben, zu rationalisieren und zu industrialisieren. Freilich hat die Bauwirtschaft eine besondere Organisation und man kann nicht so wie in der Fabrik Massenartikel erzeugen. Die Verhältnisse sind aber auch deswegen so schwierig, weil die Bautätigkeit nicht gleichmäßig über das ganze Jahr erstreckt ist. Die Gemeinde Wien ist daran gegangen, neue Baumethoden einzuführen. Aber der Montagebau ist nur dann wirklich rentabel, wenn mindestens 250 Wohnungen an einer Stelle errichtet werden. Im engen Rahmen dieser Stadt ist es nicht möglich, diese großen zusammenhängenden Grundstücke zu erwerben. Durch den Wohnungsbau, die Regelung der Verkehrsverhältnisse und die Standortverlagerung von Industrien ist effektiver Mangel an Bauland ein-

getreten. Nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage sind die Grundstückspreise maßlos gestiegen. Wohl kennt die Bauordnung Enteignungsbestimmungen, aber das Verfahren ist kompliziert und zeitraubend. Es wäre notwendig, neue Gesetze einzuführen. Minister Proksch hat schon im Juli 1957 ein Assanierungsgesetz und ein Baulandbeschaffungsgesetz vorgelegt. Wir würden wünschen, daß wir schon so weit wären, wie in anderen Ländern. In Stockholm ist die Gemeinde Besitzer von 50 Prozent der City und fast zu 100 Prozent Besitzer der Vorstädte. So entstanden dort die wunderbaren Satelliten- und Trabantenstädte mit ihren Fußgängerbezirken und Geschäftszentren, ein Ziel, das auch für uns erstrebenswert ist.

GR. Dipl.Ing.Witzmann kommt sodann auf die Fragen des Verkehrs zu sprechen. Er stellt fest, daß sich die Wiener Straßen dem Verkehr nicht anpassen konnten. Im Jahre 1918 waren in Wien 1231 Personenkraftwagen in Betrieb, im Jahre 1948 waren es 47.000 und 1958 bereits 175.000. In der Zeit vom 1. Jänner 1959 bis Mitte Oktober 1960 wurden in Wien 43.000 Fahrzeuge zugelassen, davon 35.000 Personenkraftwagen. Allein dieser Zuwachs an Kraftfahrzeugen in eineinhalb Jahren würde mehr als sämtliche Parkplätze der Inneren Stadt und ihrer näheren Umgebung beanspruchen. Angesichts dieser Zahlen ist es auch kein Wunder, daß die Unfallhäufigkeit sehr groß ist. In den ersten neun Monaten dieses Jahres ereigneten sich bei uns 16.200 Unfälle mit 203 Toten und 10.200 Verletzten. Zählungen in der Inneren Stadt, die durch 16 Stunden vorgenommen wurden, haben ergeben, daß vom gesamten Kraftfahrzeugbestand dieser Stadt in den 16 Stunden 62 Prozent in der Inneren Stadt waren. Der kommerzielle Verkehr um 10 Uhr betrug aber nur sieben bis zehn Prozent des Gesamtverkehrs. Um 11 Uhr vormittag wurden einmal in der Inneren Stadt 8.000 Kraftfahrzeuge gezählt. Von diesen waren nur neun Prozent in Bewegung. 91 Prozent parkten. Von dieser parkenden Fahrzeugen waren 32 Prozent Kurzparker und 68 Prozent Langparker. Wenn man verhindern will, daß die Innere Stadt wirtschaftlich stirbt - und sie stirbt, wenn der Verkehr nur mehr ruht - dann muß der Parker aus der Inneren Stadt entfernt werden.

Die Stadtplanungskommission hat einen Beschluß gefaßt, der den Durchgangsverkehr durch die Innere Stadt verhindern soll, aber auch das Dauerparken. Durch die Schaffung von Parkgaragen könnte hier Abhilfe geschaffen werden. Für einen Parkplatz stellen sich die Baukosten aber auf 60.000 Schilling. In der Inneren Stadt sind viermal so viele Leute beschäftigt als dort wohnen. Es gibt über 6.000 Betriebe mit 127.000 Beschäftigten. 20 Prozent aller in ganz Wien Beschäftigten arbeiten in der Inneren Stadt. Aus diesem Grunde und weil das kulturelle Zentrum Wiens und die City als Zentrum der Behördenstellen und der Wirtschaft erhalten bleiben soll, muß der Massenverkehr hier unbedingt den Vorrang vor dem Individualverkehr haben. Die Verbreiterung von Straßen, Arkadierungen, automatische Signalanlagen, die grüne Welle, Halte- und Parkverbote, die Blaue Zone usw. sollen helfen die Verkehrssituation halbwegs zu meistern. Umfahrungsstraßen, wie eine Schnellstraße entlang der Zweierlinie, und entlang der Donaulände müssen gebaut werden. Selbstverständlich wird man sich auch mit der Frage einer zweiten Verkehrsebene beschäftigen müssen. Einer großzügigen Lösung steht aber auch ein finanzielles Hindernis entgegen. In Zürich hat man Berechnungen angestellt, was ein Kilometer einer Unterflurbahn kostet. Umgerechnet sind es pro Kilometer 180 bis 200 Millionen Schilling.

Abschließend stellt GR. Dipl.-Ing. Witzmann fest, daß alles was in Wien gemacht wird, ob es die Wohnbautätigkeit oder die Lösung der Verkehrsprobleme sind, tiefe Eingriffe in das Gefüge dieser Stadt und ihren Charakter bedeuten. Aber gerade an diesem sozialen Charakter, den Wien während der letzten Dezennien unter sozialistischer Verwaltung erhalten hat und der ihr durch beide Faschismen nicht genommen werden konnte, soll nichts geändert werden. Weil die Sozialistische Fraktion der Meinung ist, daß die für den Bausektor bereitzustellenden Mittel zur Beibehaltung und Verbesserung dieses sozialen Charakters beitragen, stimme sie den Ansätzen zu. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Heller dankt in seinem Schlußwort den Debattenrednern für ihre positive und konstruktive Kritik. Er nimmt dann zu einigen Vorwürfen Stellung, so zum Beispiel über die angeblich geringe Baukapazität. Er stellt fest, daß 1960 allein im Rahmen des kommunalen

Wohnungsbaues 4.100 Wohnungen errichtet wurden. Dazu kommt die finanzielle Förderung des Wohnungsbaues. Insgesamt hat die Gemeinde Wien in diesem Jahr den Bau von 10.688 Wohnungen ermöglicht. Der Redner meint, daß sich diese Zahl absolut sehen lassen kann. Er spricht dann von der Fertigteilbauweise und erklärt, daß sich das Wiener Stadtbauamt auch über die derzeitigen Ergebnisse im Ausland informiert habe. Unter anderem wurden auch in Polen, in der CSSR, und auch in der Sowjetunion Informationen eingeholt. Er bemerkt hiezu, daß man zum Beispiel in Preßburg über die Methode, die nun in Wien angewendet wird, sehr begeistert war und daß die sowjetische Stadt Baku eben dabei ist eine Fertigteilfabrik nach dem System Camus zu errichten. Das Stadtbauamt verfolgt selbstverständlich mit großem Interesse auch alle solche Bestrebungen im Inland und begrüßt es ganz besonders, daß eine einheimische Firma bereits in der Fertigteilbauweise die ersten Schritte gemacht hat. Wenn einmal dieses System so weit gediehen ist, daß es allen Anforderungen entspricht, wird es auch bei uns in der Praxis voll ausgewertet werden.

Zu den beanstandeten Mängeln in der Ausstattung der Gemeindefwohnungen erklärt der Referent, daß man ständig um Verbesserungen bemüht sei. 483 Wohnungen sind bereits mit einer Zentralheizung ausgestattet; in weiteren städtischen Bauten mit 1.528 Wohnungen ist eine Zentralheizung vorgesehen. Bis jetzt war das größte Hindernis der Mangel an geeigneten Wärmemessern.

Der Referent kommt dann auf die Frage der ausländischen Arbeitskräfte zu sprechen. Er bezweifelt, daß es gelingen wird, ausländische Bauarbeiter nach Wien zu bringen. Die italienischen Arbeiter sind in der Schweiz und in der Bundesrepublik Deutschland zu einem Stundenlohn von 30 Schilling beschäftigt. Der Referent gibt der Überzeugung Ausdruck, daß sich die österreichischen Bauarbeiter kaum mit ihren derzeitigen Stundenlöhnen zufrieden geben würden, sollte man ihre italienischen Kollegen besser entlohnen. Was die Maßnahmen gegen die Kartellbindungen in der Bauwirtschaft betrifft, habe man sich im Stadtbauamt wiederholt mit dieser Frage beschäftigt. Die Juristen aber sind der Ansicht, daß sie nicht genügend Anhaltspunkte für ein erfolgreiches Eingreifen zur Hand haben. Er empfiehlt daher der ÖVP, sich in ihrem Umkreis nach einem richtigen Typ gegen die Kartelle umzusehen.

Zu den Vorwürfen gegen eine einseitige Vergebung der Baurechte erklärte er, daß sie ohne Befragung nach politischer Zugehörigkeit vor sich gehe und daß er noch keine Genossenschaft nach ihrem Parteibuch gefragt habe. Sofern genügend Baugrund vorhanden gewesen ist, wurde er den Interessenten zur Verfügung gestellt.

Die Verkehrsbauten werden selbstverständlich nicht willkürlich, sondern nach einem großen Konzept angelegt. Sie sind auch nicht sinnlos, wie Verkehrszählungen zum Beispiel auf der Opernkreuzung bewiesen haben, die nach dem Umbau eine 25prozentige Leistungssteigerung zu verzeichnen hatte.

In den Siedlungsstraßen ist in den vergangenen Jahren sehr viel geschehen. Seit 1952 haben wir 300 Kilometer Siedlungsstraßen instandgesetzt, ohne dafür eine Leistung der Siedler zu verlangen. Im kommenden Jahr werden wir 40 bis 50 Kilometer Siedlungsstraßen in Ordnung bringen.

Die verkehrsmäßige Regulierung des Gebietes um die Philadelphiabrücke beschäftigt uns seit vielen Monaten. Wir sind nur deshalb zu keiner endgültigen Entscheidung gekommen, weil die Bundesbahn in diesem Gebiet die Endstelle ihres Schnellbahnhofes haben wird.

Über den Hochwasserschutz habe er schon in einer der letzten Budgetberatungen berichtet. Die Vorschläge liegen bereits seit einiger Zeit bei der "Hochwasserschutzkonkurrenz". Wir werden selbstverständlich, wenn es zu einer Einigung gekommen ist, dem Gemeinderat berichten. Die Staustufe Wien wird, so teilte Stadtrat Heller mit, noch einige Zeit unterbleiben; erfreulicherweise, denn die Auswirkungen für Wien sind heute noch nicht abzusehen.

Über die vierte Donaubrücke habe er absichtlich noch nicht berichtet. Der genaue Standort ist derzeit noch nicht festgelegt.

Die Schwierigkeit bei allen Assanierungen ist die, daß die Stadt Wien in diesen Gebieten meist nur einen Streubesitz hat.

Bezüglich des Biberhaufengebietes hoffe er, daß es im nächsten Jahr gelingen werde, auch dieses Problem zu lösen.

Was das Bodenrecht anbelangt: niemand von uns denkt daran, wüste Enteignungsgesetze zu beschließen. Vielmehr sollen alle Sicherungen gegen jeglichen Mißbrauch eingebaut werden. Leider ist es bisher zu keiner Beschlußfassung gekommen. Jedenfalls brauchen wir ordentliche und vernünftige Baulandbeschaffungs- und Assanierungsgesetze.

Abschließend dankte StR. Heller allen Diskussionsrednern für die positive Kritik und versprach, daß sich die Geschäftsgruppe VI auch im kommenden Jahr sehr bemühen werde, alle an sie gestellten Anforderungen zu erfüllen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des VI. Hauptstückes einstimmig angenommen. Der Antrag der KLS wird gegen die Stimmen der KLS abgelehnt, der Antrag der FPÖ gegen die Stimmen dieser Partei ebenfalls abgelehnt.

Der Vorsitzende GR. Fürstenhofer (SPÖ) unterbricht hierauf kurz nach 19 Uhr die Budgetberatungen. Die Sitzung des Wiener Gemeinderates wird Montag, den 19. Dezember, um 9 Uhr früh, fortgesetzt werden. StR. Lakowitsch (ÖVP) wird über die Ansätze der Geschäftsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, referieren.

(Ende des heutigen Sitzungsberichtes)

- - -